

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 15 533, Emil Schlegel Geschäftsleitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Ami Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die einmal gebaltene Koppareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile einschließlich an dem beigefügten Zeitungsanteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 20. Januar 1927

Nummer 16

Die Rückzugslinie ertappter Lügner

Der umgekehrte Sowjetgranatenschwindel

Von Rudolf Kenner.

Dresden, den 20. Januar 1927.

Wochenlang hat die sozialdemokratische Parteipresse den unerschämtesten Schwindel über die Lieferung von Sowjetgranaten an die deutsche Reichswehr verbreitet. In ununterbrochener Aufmachung wurde den deutschen Arbeitern vorgegaukelt, daß die Sowjetunion die Waffen für die Reichswehr zur Niederkämpfung des deutschen Proletariats geliefert habe. Um die Lügen wahrscheinlicher zu machen, ließ man sagenhafte Schiffe mit Munition in See zu erscheinen. Kuttner ließ Arbeiter einer Gas- und Waffenfabrik aus Troitz aufmarschieren. Noch vor einigen Tagen gab er im Preussischen Landtag eine Erklärung ab, in der er behauptete, Genosse Vied habe zugestanden, daß Sowjetrußland Waffen an Deutschland geliefert habe. Es passierte ihm dabei zwar das kleine Mißgeschick, daß er einen gefälschten Spitzelbericht nicht richtig wiedergab. Kuttner behauptete, Genosse Vied habe eine solche Erklärung in einer Sitzung der Kommunistischen Zentrale abgegeben. Nach dem Spitzelbericht, der der Kommunistischen Partei sehr wohl bekannt ist, soll Genosse Vied keine Ausführungen in einer Berliner Funktionärerversammlung gemacht haben. Kuttner verlegt die Erklärung Vieds einfach in eine Zentralsitzung. Auch hier wird der SPD-Führer wieder als ein Lügner entlarvt.

Die gesamte Hehe der Sozialdemokraten, die sie mit dem Sowjetgranatenschwindel entfachten, sollte zwei verschiedenen Zwecken dienen. Einmal dem Zurückdrängen des immer härter werdenden kommunistischen Einflusses auf die Massen, zum anderen sollte sie ein Druckmittel für die Regierungsbeteiligung im Reich werden. Die gesamte Aktion der Sozialdemokraten ist kläglich gescheitert. Die Massen des deutschen Proletariats glauben dem Schwindel von Anfang an einfach nicht. Soweit es sich aber um die Reichsregierung handelt, daß Sowjetrußland Flugzeuge, Waffen, auch Gasmunition herstellt, haben die Arbeiter schon lange gewußt, daß das gegenüber den drohenden Klüftungen der Imperialisten gegen Sowjetrußland eine glatte Selbstverständlichkeit ist. Die Massen der deutschen Arbeiter haben sich durch die plumpe Hehe der Sozialdemokratie nicht verwirren lassen. Die Sympathie der Massen für die Kommunistische Partei befindet sich in ständigem Anwachsen. Auch erkennen die arbeitenden Schichten immer deutlicher, daß die Politik der Sozialdemokraten nur darauf abgestellt ist, die Arbeiter von ihren Aufgaben abzulenkten und die revolutionäre Bewegung einzudämmen. Aber auch die andere Absicht des sozialdemokratischen Schwindelvorstoßes ist daneben gegangen. Die Beteiligung an der Reichsregierung hat man nicht erreicht. Mit solchen plumphen Manövern kann man ebensowenig, wie man die Arbeiter noch damit schrecken kann, die Klassengegner bezwingen. Nachdem sich jetzt das vollständige Fiasko der Sowjetgranatenkampagne für die Sozialdemokraten herausgestellt hat, versuchen sie jetzt, durch eine umgekehrte Sowjetgranatenhehe Erfolge zu erzielen. Während bei der ersten Kampagne man die Arbeiter gegen die Sowjetunion und die Kommunisten zu hegen gedachte, richtet man jetzt das Geschütz nach der anderen Seite. Die sozialdemokratische Presse schreibt jetzt über Landesverräter in Uniform. Sie erklärt, daß die berufenen Hüter Deutschlands auf die schamloseste Weise mit Geheimnissen der deutschen Landesverteidigung umgegangen seien. Die Volkszeitung schreibt: „Die Einrichtung der Kriegsgaszeugfabriken in Rußland mit Hilfe von Junkers, die Einrichtung der Giftgasfabrik in Troitz, die Munitionstransporte und was sonst an schändlichen Dingen dieser Art noch gefehlet ist — was sind sie im Grunde? Rund herausgelagt, nicht mehr und nicht weniger als Verrat militärischer Geheimnisse.“

Die Volkszeitung erklärt dann weiter, daß auf dem Wege über die Junkersverträge die Russen die Konstruktion für Militärflugzeuge vom modernsten Typ und militärisch hochwertige Flugzeugmotoren erhalten haben. Es sei unfasslich, daß das Reichswehrministerium solche Maßnahmen getroffen und unterstützt habe, die einen Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse und die Preisgabe von Interessen der Landesverteidigung an Rußland darstellen. In ihrem Eifer, jetzt die Hehe umgekehrt fortzuführen, überläßt sich die Volkszeitung derart, daß sie sich entschließt, ihren Lesern mitzuteilen, daß die Sowjetunion nicht, wie sie erst behauptete, die deutsche Reichswehr unterstützt, sondern daß sie die Verbindungen und Beziehungen mit den Imperialisten benutzt für den Zweck der proletarischen Verteidigung gegen die Imperialisten. Die Volkszeitung schreibt: „Die Art und Weise, wie die Russen im Sommer 1926 sich in Sachen der Giftgasfabrik Troitz verhalten haben, läßt deutlich darauf schließen, daß es ihnen in erster Linie darauf ankam, in den Besitz eben dieser Produktionsgeheimnisse für Giftgas usw. zu gelangen, als daß sie dem deutschen Militärwahn Platz und Gelegenheit

boten, sich auszutoben.“ Die Volkszeitung merkt wahrscheinlich gar nicht, wie sie mit dieser Erklärung ihrer gesamten zuerst geführten Hehe-Kampagne ins Gesicht schlägt. Um aber noch eine Plattform zur Hehe gegen Sowjetrußland zu haben, begibt sich die Sozialdemokratie auf die Plattform der Landesverteidigung, gegen die sie bis jetzt angeblich immer Stellung genommen hat. Natürlich soll auch die neue Kampagne dazu dienen, eine Beteiligung an einer Reichsregierungsregierung zu gewinnen. Soweit die neue Hehe sich gegen Sowjetrußland und die Kommunisten richten soll, werden die Sozialdemokraten auch hier nur das Gegenteil erreichen. Mühen sie jetzt doch selbst zu bestätigen, daß die Sowjetunion keineswegs gegen die internationale Arbeiterklasse gehandelt, sondern im Gegenteil, die besseren Möglichkeiten und Erfahrungen der imperialistischen Kriegsmacht für die Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse ausnützt, wie sie sich in der neuen ökonomischen Politik durch die Ausnutzung des internationalen Kapitals eine Waffe zum wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion geschaffen hat.

Unsere Stellung zur Reichswehr und zur Vaterlandsverteidigung ist bekannt. Wir führten allein einen ernsthaften und entschiedenen Kampf gegen die monarchistisch-kapitalistische Klassenarmee der deutschen Republik. Wir kämpften gegen eine Landesverteidigung für ein imperialistisch-kapitalistisches Deutschland. Unsere Landesverteidigung wird immer nur einem proletarischen Lande gelten. Wir setzen nicht darüber, wenn imperialistische Militärs die Waffengeheimnisse ihres Landes an einen Arbeiterstaat ausliefern. Darüber mögen die Kapitalisten sich die Köpfe zerbrechen. Wir begrüßen im Gegenteil die dadurch gegebene Verstärkung der Verteidigungsmöglichkeiten der den Angriffen des internationalen Kapitals ausgehetzten Arbeiter- und Bauernrepublik. Mit uns werden viele Auffassung alle ehrlichen revolutionären Arbeiter, die für die Befreiung von Unterdrückung kämpfen wollen, vertreten. Sie werden mit uns den Kampf gegen die Klassenarmee des Kapitalismus führen und mit uns für die Verstärkung der proletarischen Verteidigung sein. Die in der sozialdemokratischen Presse jetzt herausgehobene „Reihe der Sowjetmedaille“ zeigt nichts anderes als wie den schmählichen Zusammenbruch der sozialdemokratischen Hehe und den vergeblichen Versuch, auf umgekehrter Plattform eine neue Hehe zu entfachen.

SPD und Regierungsbildung

Koalitionsschacher statt Auflösung!

Der Wille der SPD-Mitgliedschaft gilt nicht.

Der Schacher um die Regierungsbildung geht fastig weiter. Die Parolen wechseln von Stunde zu Stunde, und ein Ende dieser ganzen widerlichen Komödie ist vorläufig nicht abzusehen. Gestern ist der Reichstag zusammengetreten. Die kommunistische Fraktion stellte sofort einen Antrag auf Auflösung des Reichstages. Der sofortigen Behandlung widersprach die bayerische Volkspartei. Am Schluß der nur kurze Zeit tagenden Sitzung wiederholten unsere Genossen den Antrag, die Frage der Reichstagsauflösung als den ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Inzwischen traten sämtliche Parteien zu Fraktionsbildungen zusammen. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Sitzung der SPD-Fraktion. In den Nachmittagsstunden wurde folgender Bescheid der Fraktion bekanntgegeben:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine grundsätzlichen Bedenken, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion kann aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammensetzung der Regierung bekannt sein werden.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist diesem Bescheid eine sehr heftige Debatte vorausgegangen. Die „Unken“ haben eine strikte Ablehnung jeder Unterstützung einer Regierung verlangt, zu deren Mitgliedern Gehler gehört. Die Mehrheit der Fraktion war jedoch bereit, auch eine Mitterregierung mit Gehler als Wehrminister zu unterstützen. In dieser Hinsicht ist selbst die demokratische Fraktion, die durch den Konflikt Hoch-Gehler in der Frage des Briefes des Generals Reinhardt stark verstimmt ist, konsequenter in ihrem Kampf gegen Gehler und in seiner Ablehnung Gehlers als Reichswehrminister als die sozialdemokratische Fraktion.

Diese schändliche Haltung der SPD-Führer wird um so größerer Empörung unter den SPD-Arbeitern hervorzurufen, als nicht nur die Berliner Funktionärerversammlung sich grundsätzlich gegen Gehler ausgesprochen hat, sondern auch die Leipziger Volkszeitung und die Chemnitzer Volksstimme an leitender Stelle den sofortigen Abbruch der Verhandlungen der SPD über eine Mitterregierung und ihre direkte oder indirekte Unterstützung verweigern haben. Allerdings haben die rechten Führer auf dem Landesauschuss der SPD Hessens nach einem Referat Davids einen Erfolg errungen. Der Landesauschuss beschloß „zur Sicherstellung einer Außenpolitik, die der Verständigung mit Frankreich zum Ziel hat... und zur Festigung der Republik“ der Reichstagsauflösung zu empfehlen, „energisch auf Anteilnahme an der Regierungsgewalt hinzuwirken.“

Während es in den letzten zwei Tagen so schien, als käme es wieder zur Bildung einer Mitterregierung mit Unterstützung der SPD resp. der Deutschnationalen, d. h. einer Regierung, die von Fall zu Fall ihre Mehrheit rechts oder links sucht, ist die Perspektive der Rechtskoalition neuerdings wieder wahrscheinlicher geworden. Auch in maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen wird ein Umfallen des Zentrums zugunsten einer Rechtskoalition mit einer offenen oder indirekten Unterstützung der Deutschnationalen erwartet. Wemot die Verhandlungen in dieser Hinsicht bereits gediehen waren, zeigt ein Artikel des bayerischen Kuriers, der bereits eine ganze Ministerliste der kommenden Regierung veröffentlicht, wozu Strejzemann, Bell, Stengel und Krone ihre Ministerien behalten, das Reichsinnenministerium aber ebenso wie das Reichsernährungsministerium den Deutschnationalen eingeräumt werden sollen. Auch das Reichsfinanzministerium soll dem Deutschnationalen überlassen werden. Diese Kombinationen sind zweifellos zum Teil überholt, sie zeigen aber, wie weit die Dinge bereits gediehen waren. Die letzte

Rebe Westarps hat die Vereinnahmung der Deutschnationalen in die Regierung gemißt, aber auf die Dauer keineswegs unmöglich gemacht.

Die Arbeiterschaft wird jedenfalls den Kampf sowohl gegen die unerhörte Kapitulation der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie gegen die Bürgerblockpläne für die Auflösung des Reichstages beantworten.

Der mit der Reichstagsauflösung!

KPD Berlin, den 19. Januar 1927.

Trotz des Sturzes der Regierung Marx-Strobelmann-Gehler hatte sich der Reichstag nahezu fünf Wochen lang selbst ausgeschaltet. Wochenlang wurde über die Möglichkeiten der Bildung einer neuen Reichsregierung gehandelt und geschachert. Eine Regierung ist nicht zustande gekommen und das Ende des Schachers ist noch nicht abzusehen. Heute ist nun der Reichstag wieder zusammengetreten, um auf neue seine Impotenz zu dokumentieren. Daß die Massen drücken förmlich die Reichstagsauflösung fordern, sieht die Partei nicht an. Der Reichstag mußte auch ohne Regierung weiterbleiben, denn die Parteien von der SPD bis zu den Nationalen, mit Ausnahme der Kommunisten, sind sich bewußt, daß sie bei Neuwahlen nichts gewinnen können. Sie fürchten die Reichstagsauflösung wie der Teufel das Weihwasser. So wird man weiter schachern in der Hoffnung, daß doch noch ein reaktionärer Wechselzug von einer Reichsregierung zustande kommt, die den konterrevolutionären Kurs der Schachmacheri und der Unterdrückung gegen die Werktätigen fortsetzt.

Genosse Stoeker unternahm deshalb bei Beginn der heutigen ersten Sitzung unter höchstem Beifall der kommunistischen Fraktion einen Vorstoß, um der traurigen Komödie der Schacherei um die Ministerstühle ein Ende zu machen. Er stellte den Antrag, der die Auflösung des Reichstages fordert und die geschäftsleitende Regierung mit den notwendigen Maßnahmen zur Auflösung und der Neuwahl beauftragt. Doch das ziemlich spärlich besetzte Reichstagsplenum war aus seiner kollektiven Ruhe nicht aufzufachen. Obwohl sich der Präsident Loebe vorbehalten hatte, neben den wenigen mehr oder minder belanglosen Beratungsgegenständen weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu legen, fragte er das Haus, ob Widerspruch gegen die sofortige Beratung erhoben wird. Die SPD ist ja ebenfalls gegen die Reichstagsauflösung, und so wählte Herr Loebe dem Abgeordneten Leich (Bayer. Volkspartei) das Stichwort zum Widerspruch neben, der dann auch prompt unter förmlichen Zurufen der Kommunisten erfolgte, womit die sofortige Beratung des Auflösungsantrages abgelehnt war.

Auch die seit einigen Wochen wieder rapid steigende Arbeitslosigkeit und das Erwerbslosentum sehten diesen Reichstag nicht an. Als Genosse Kädel beantragt, sofort die von den Kommunisten gestellten Erwerbslosenansätze auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 40 Prozent und die Wiederherstellung des harten Achtundzestages zu beraten, erfolgt wiederum auf das Stichwort des Präsidenten Loebe der deutliche Widerspruch, diesmal von Seiten des Zentrums, das damit seine „Arbeiterfreundlichkeit“ aufs neue dokumentierte.

Die Beratung der wenigen Tagesordnungspunkte war dann in weniger als einer halben Stunde erledigt. Die Vorlagen wurden sämtlich den zuständigen Ausschüssen überwiegen.

Zum Schluß der Sitzung machte Genosse Stoeker namens der kommunistischen Fraktion einen Vorstoß, um wenigstens zu erreichen, daß der Antrag auf Reichstagsauflösung am Donnerstag, den 20. Januar als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Wohl er über mußte die SPD-Fraktion, da ja auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf Auflösung drängen, dem Antrag zustimmen. Die gesamten bürgerlichen

Parteien aber stimmten dagegen, obwohl der Abgeordnete selbst, als er heute Widerspruch gegen die sofortige Beratung des Auflösungsantrages erhob, versichert hatte, daß der Antrag in einer der nächsten Sitzungen beraten werden könne.

Verwirrungsmanöver der SPD-Führer

Vor den Berliner SPD-Funktionären sprach am Dienstag abend der Reichstagsabgeordnete Dittmann über das Thema "Regierungsbildung und Sozialdemokratie". Aus dem unrichtigen Bericht des Vorwärts geht trotzdem mit genügender Klarheit hervor, daß Dittmann im Auftrage des Parteivorstandes und der SPD-Reichstagsfraktion die SPD-Funktionäre für die Unterstützung der kommenden bürgerlichen Regierung einzufangen versucht. Nach dem Vorwärts erklärte Dittmann:

"Die Volkspartei wird ihre Tätigkeit dahin richten, die Sozialdemokratie zur Auffassung von Forderungen zu präparieren, die sie als unannehmbar bezeichnen kann."

Nach Dittmann bedeutet also die Aufrechterhaltung der agitatorischen SPD-Forderungen eine "Provokation", auf die die SPD nicht "hineinfahren" werde. Die SPD-Fraktion will vielmehr auf ihre beiden Forderungen völlig verzichten, um bei der Volkspartei keinen Anstoß zu erregen. Zu den "provokatorischen" Forderungen rechnet Dittmann auch die Beileidigung Gehlers; er erklärte nach dem Vorwärts wörtlich:

"Die Person Gehler ist uns nicht so wichtig, als etwa die Forderung der Sozialpolitik."

Für die SPD ist nach der Meinung Dittmanns aber jede Forderung nicht so wichtig, als daß sie nicht jederzeit preisgegeben werden könnte. Dittmann gab dazu folgende Begründung:

"Die Bedeutung der Einzelfragen im Gesamtkomplex anderer Forderungen könne sich von Tag zu Tag ändern."

Der Gesamtkomplex besteht für die SPD in der Erwerbung von Ministerämtern und der Vermeidung von Neuwahlen des Reichstages. Ihm zuliebe opfert die SPD Tag für Tag selbst solche Minimalforderungen, wie die Entziehung des

Drei der im Vorwärts genannten Disziplinierungsredner haben ausdrücklich gegen die Auffassungen Dittmanns polemisiert. Die Namen zweier weiterer Disziplinierungsredner werden genannt, ohne daß der Vorwärts auch nur ein Wort von dem Inhalt ihrer Rede verrät. Es ist anzunehmen, daß auch sie mit Dittmann nicht einverstanden waren. Das geht auch daraus hervor, daß die Verammlung einstimmig eine Resolution beschloß, die folgenden Wortlaut hat:

"Die Funktionäre der SPD Groß-Berlins fordern von der Reichstagsfraktion, daß sie in allen Umständen

der Bildung einer Regierung der Reichswehrminister Gehler anheftet, den schärfsten Widerstand entgegensetzt. Die Verammlung fordert ferner: Daß die Fraktion mit aller Kraft für die Durchführung des Arbeitszeitgesetzes mit dem Schlußtag im Interesse der Arbeitlosen für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung und die Republikanisierung der Reichswehr kämpft."

Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob die SPD auch nur diese bescheidenen, unzureichenden Forderungen der SPD-Funktionäre in die Wirklichkeit umzusetzen sich bemüht. Die Disziplinierungsredner forderten, daß die SPD eine Oppositionsstellung beziehen soll, die allein die Position der Arbeiterschaft konsolidieren kann.

Kurs auf das Rechtskabinett

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Nach einer Erklärung der Sozialdemokraten hielt die Deutsche Volkspartei eine Fraktionsversammlung ab, über deren Ergebnis u. a. mitgeteilt wird: Die Fraktion ist der Auffassung, daß die Frage nicht endgültig geklärt sei und sachliche Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschnationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiet gegeben sind. Dr. Scholz soll die Verhandlungen auf der Grundlage der bisherigen Vorschläge weiterführen. Damit erhält die Verhandlung- und Unterhandlungsbereitschaft der Sozialdemokraten eine Abgabe. Wie berichtet wird, ist auch Stresemann für eine Regierung mit Rechtsunterstützung eingetreten, die Frage ist nur, ob Gehler im Amt bleiben soll. Ebenso macht sich eine neue Strömung nach rechts bemerkbar. Von der Volksischen Zeitung wird behauptet, daß sie von einem "sehr geschäftigen, aber nicht autorisierten Zentrumspolitiker" geführt werde. Dieser Zentrumsmann ist Reichsarbeitsminister Brauno, der sich bei mehreren Anlässen, u. a. auch in der gestrigen Fraktionsversammlung des Zentrums, für die Unterstützung durch die deutschnationalen ausgesprochen hat. Der sozialdemokratische Parteivorstand betont in einem heute erscheinenden Briefe nochmals die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie und schreibt: "Die Sozialdemokratie ist entschlossen, weiter an der Seite mit den republikanischen Parteien den Kampf auszufechten." Der Vorwärts verlangt, Marx möge seine Ministerliste und sein Programm aufstellen und fordert für den Fall, daß die Regierungsbildung durch die Deutsche Volkspartei scheitern sollte, Neuwahlen. Die Demokraten betonen ihre gefahle Entschlossenheit und sprechen ihre Treue zur Reichswehr aus. Sie polemisieren gegen General Reinhard, gegen Gehler sagen sie kein Wort.

Marx verhandelt mit der Volkspartei

Berlin, 20. Januar. (Teleunion.)

Reichsminister Dr. Marx wird im Laufe des heutigen Vormittags mit den Führern der Deutschen Volkspartei eine Besprechung haben, um gewisse Erörterungen zu der gestrigen Entscheidung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu verlangen.

die, du bist ein Spontakist!" niedergeschossen hat. Die heutige Tätigkeit des Abg. Kuttner mit seiner Heise gegen Sowjetrußland ist durchaus eine Fortsetzung der Tätigkeit, mit der er im Januar 1919 mit der Organisation und Führung konterrevolutionärer Verbände zur Niederwerfung von Arbeitern begonnen hat. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

NSDAP-Nationalismus

Am Dienstag veranstaltete die Reichswehr nach ihrer Wanderversammlung einen Propagandaeinzug durch Dresden. Natürlich hatte dieser Aufmarsch eine Anzahl Schaulustiger herbeigelockt. Von der bürgerlichen Presse wurde der Marsch der Reichswehrruppen jubelnd begrüßt. Auch die Zeitung der Sozialdemokraten gibt sich Mühe, ihr nationales, wehrmachtbegeistertes Herz den Lesern zu enthüllen. Wehleidig schreibt der Volksstaat: "Es scheint, daß Dresden immer noch eine erhebliche Menge Militär beherbergt. Nichtsofortigenfalls liegen über den Zuschauern schwerwiegende Gedanken auf. Das sind die Trümmer des einst sehr stolzen Heeres, ein Ertrag, der bei allem Wert im einzelnen doch im großen und ganzen bei weitem nicht mehr an das heranreicht, was vor dem Kriege bestanden hat und was eine der wichtigsten Bürgerpflichten für Deutschlands Stärke gewesen war. Doppelt hart empfindet man es, daß diese Reste der ehemaligen starken Wehrmacht nicht von allen Volksgenossen als ein Kleinod betrachtet und behandelt wird, das sorgfältig gepflegt wird." Der Volksstaat beschwert sich dann weiter darüber, daß die Reichswehr mitten im fanatischen und hochpolitischen Kampfe stehe, daß man die Reichswehr zerlegen wolle, wo doch Polen die Ostküste Deutschlands bedrohe und wo in Frankreich Sozialisten für die Erhaltung der französischen Wehrmacht eintreten und Rüstungsprogramme ausarbeiten. "Es nichts von dem patriotischen, wehrleidlichen Geiste enthalten, dem die deutschen Vorkriegsparteien anhängen". Die Begeisterung der NSDAP für die Klassenarmee der deutschen Kapitalisten wird von keinem Hoffenbewußten Arbeiter geteilt werden. Diese Armee ist zur Unterdrückung der Rohmaterialien geschaffen, sie ist da, um Propaganda für einen neuen Krieg, für die Profitinteressen der deutschen Kapitalisten zu machen. Wir können es von uns aus ab, mit unter die patriotischen Vorkriegsparteien gerechnet zu werden. Wir haben uns Stellung zur Wehrmacht schon in unserem heutigen Vorkriegskundgetan. Wir verwechseln nicht, wie die Sozialdemokratie das mit bewährter Wehrmacht machen, die Interessen der Kapitalisten mit den Interessen der Nation. Die Arbeiter haben dann ein Vaterland, wenn sie sich dieses Vaterland erobert haben. Dann werden auch sie für die Wehrhaftigkeit und Verteidigung ihres Vaterlandes alle Kräfte und alle Begeisterung aufbringen.

Die Kommunistenberfolgungen in Litauen

Kowno, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der militärische Kommandant des Kreises Kowno teilt u. a. in seinem Kreis 70 Prozesse zur Aburteilung von Kommunisten in Vorbereitung sind.

Ein Prozeß gegen kommunistische Abgeordnete

Prag, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Morgen beginnt hier den Prozeß gegen vier kommunistische Abgeordnete. Sie sind angeklagt, weil sie im tschechischen Parlament gegen die Forderung zusammen mit den Sozialdemokraten Obstruktion übten, wobei es zu Tätlichkeiten u. zur Beschädigung von Einrichtungsgegenständen kam.

Blutige Streiks in Shanghai

London, 19. Januar. (Teleunion.)

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind in einer japanisch Baumwollspinnerei Revololen ausgebrochen, die erst nach ein blutigen Zusammenstoß mit der Polizei beigelegt werden konnten. Drei japanische Agitatoren wurden getötet. Shanghai rechnet man mit einem Nahrungsmittelkonflikt gegen die Fremden. Die Kantongregierung hat die Belegung der militärischen Hauptquartiere nach Nanking beschließen, Hankau zu sehr im Bereich der Schiffsgeleise der Engländer liegt.

Japan will keine Konzessionen behalten?

London, 19. Januar. (Teleunion.)

Die japanische Regierung ist einer Reutermeldung aus Tokio zufolge nicht willig, dem belgischen Beispiel auf Rückgabe der Konzessionen China zu folgen.

Großfeuer in einer Gummitabrik

Hannover, 20. Januar. (Teleunion.)

Gestern nachmittags brach in einer Gummitabrik ein Feuer aus, das sich rasch auf die umliegenden Gebäude ausbreitete. Die Fabrikanten haben die Feuerwehr gerufen, die das Feuer bald unter Kontrolle brachte. Ein Arbeiter wurde durch einen herabfallenden Balken verletzt.

Kuttner am Branger!

Genosse Piesch zerlegt die sozialdemokratischen Lügen.

Vor Beginn der Tagesordnung der Landtags-Sitzung vom Mittwoch gab der Genosse Piesch folgende Erklärung gegen die Lügen Kuttners ab:

"Nachdem mir der Wortlaut der in der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtages am 18. Januar von dem Abgeordneten Kuttner abgegebenen Erklärung vorliegt, halte ich es eigentlich nicht für notwendig, darauf zu erwidern. Da ich aber in der gestrigen Sitzung eine Gegenerklärung anforderte und ich damit rechnen muß, daß der Abg. Kuttner bei der ihm eigenen 'Rühmtheit' bei einer Nichtabgabe einer Gegenerklärung behauptet, damit sei die Richtigkeit seiner Behauptungen erwiesen, so erkläre ich folgendes:

Aus den Tatsachen, die der Abg. Kuttner in seiner Erklärung anführt, ergibt sich in keiner Weise der Beweis für die Echtheit seines früher im Landtag verlesenen Briefes der Russischen Fremdbank an die 'Gesa', sondern sie sind lediglich Feststellungen aus Geschäftsvorgängen, wie sie sich aus den aller Welt bekannten geschäftlichen, privaten und staatlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland ergeben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Die Tatsache, daß das Reichswehrministerium die in Moskau errichtete Flugzeugfabrik der Junkers-Werke finanziell unterstützte und daß zur Übermittlung dieser Gelder in Deutschland die bestehenden Privatbanken und in Rußland die bestehenden Staatsbanken benutzt werden, ist ebenfalls allgemein bekannt. Auch die in der sozialdemokratischen Presse sensationell aufgemachten sogenannten Enthüllungen über die Existenz einer chemischen Fabrik zeigen nur den Versuch sozialdemokratischer Führer auf, mit großer Wichtigkeit davon abzulenken, daß sie im Anschluß an die Veröffentlichung des Junkers-Vertrages in der Öffentlichkeit die unrichtige Behauptung aufstellten, daß Sowjetrußland Granaten an die Deutsche Reichswehr geliefert habe. Für diese Behauptung hat weder der Abg. Kuttner, noch einer der sozialdemokratischen Führer auch nur den geringsten Beweis erbracht. (Sehr wahr! bei den

Kommunisten.) Ich bleibe dabei, daß diese Behauptung unwahr ist und daß auch der von dem Abg. Kuttner verlesene Brief nur ein nachträglich herbeigeschicktes Nachwerk eines Dokumenten-fälschers ist. Daß die sozialdemokratischen Führer wieder besseres Wissen Behauptungen zur Unterstützung ihres Täuschungsmanövers gegenüber Sowjetrußland aufstellen, ist auch daraus zu ersehen, daß sie einen ihnen zugehörigen Polizeibericht dahin umfälschten, daß ich in einer Sitzung des Polit-Bureaus des JA der SPD ausgegeben haben soll, daß Waffen und Munition von Rußland an die deutsche Reichswehr geliefert sein sollen. Mir ist dieser Polizeibericht genau bekannt, der mir zwar Behauptungen in den Mund legt, die ich nie getan habe, der aber als Quelle, an der ich diese Behauptungen gemacht haben soll, nicht das Politbureau des JA der SPD, sondern eine größere Funktionärssitzung der Berliner Organisation ansetzt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die sozialdemokratischen Führer fälschen diesen Umstand, um damit den Eindruck einer größeren Glaubwürdigkeit ihrer unwahren Behauptungen zu erwecken.

Es ist aus diesem ganzen Manöver der sozialdemokratischen Führer klar ersichtlich, daß sie mit diesen Behauptungen nur eine Verhöhnung ihrer arbeitervindlichen Pläne auf Herbeiführung der Großen Regierungskoalition, auf Unterstützung des englischen Imperialismus in seinen Interventionen gegen Sowjetrußland (Lärm bei den Sozialdemokraten) und auf Behinderung des Zusammenstufes der Arbeiterschaft zu einer einheitlichen Kampffront gegen diese Pläne der sozialdemokratischen Führer, erstreben.

Wenn der Abg. Kuttner am Schluß seiner Erklärung die Absicht geäußert, daß ihm nicht bekannt sei, ob ich hier als Offiziosus des Reichswehrministeriums oder der russischen Sowjetregierung" aufgetreten sei, so ist ihm aber doch sicher bekannt, daß ihm an Gerichtsstelle und durch Gerichtsbescheid befristet worden ist, daß er im Januar 1919 mit dem Ausruf: 'Ich leugne

Das Schwein Kaver

Von Jaroslaw Hasek

Das Schwein Kaver wurde mit Melasse gefüttert. "Kaver" hieß es zu Ehren des Herrn Regierungsrats Prof. Kaver Kellner, Väter, einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Fütterungslehre, wofür selbiger berühmter Gelehrter folgende inhaltsschwere These verfaßt hatte: Angesichts des Umstandes, daß die Wirkungen der Melasse nach meiner vielseitigen Erfahrung ganz außerordentlich sind, verdient kein anderes Futter solche Beachtung, wie dies vorzügliche Hausmittel."

Das Schwein Kaver gedieh denn auch prächtig. Es wurde von Tag zu Tag dicker, und in seinem prunkvollen Schweinehofen philosophierte es über die Genüsse der Welt, wobei es seinen Küffel in das Melassefutter steckte und die dicke Milch trank. Von Zeit zu Zeit empfing es den Besuch seines Eigentümers, des Grafen Ramm, der ihm zu sagen pflegte: "Sie kommen auf die Ausstellung, Kerchen. Essen Sie, daß wir keine Schande machen." Manchmal kam auch die Frau Gräfin und rief strahlenden Auges: "Ach, wie groß und rüchig ist er, mein teurer Kaver!" Und wenn sie den Kobern verliehen, riefen sie beide: "Gute Nacht, lieber Kaver, schlafen Sie gut!" Und das Schwein Kaver blinzelte ihnen lächelnd mit seinen Augen zu und grunzte so schön, daß die Gräfin sagte: "Wenn ich meinen Kaver höre, so beginne ich zu glauben, daß es eine Seelenwanderung gibt."

Witunter kamen auch Gäste in den Kobern, die das ehrwürdige Schwein auf französische, deutsch und englisch bewunderten und zur Erinnerung photographierten. Es war toll wie ein frisch gedacktes Knäblein, und um den Hals trug es ein Bändchen aus Samt, das feis feckelt geknüpft war.

Und die aristokratischen Freunde des Grafen erklärten stets aus voller Ueberzeugung: "Lieber Graf, Ihr Kaver bekommt ganz bestimmt auf der Ausstellung den ersten Preis." Als der Geburtsstag der Gräfin herantam, machte ihr der ärztliche Ratgeber nicht vielen anderen Gaben den Kaver zum Geschenk. Er war also ihr eigen, einzig ihr eigen, auf ewig. Und für das Schwein bekam der Graf einen so feurigen Aug, als ob es eine schöne Wildsau wäre und nicht ein züchtiges, fettes, phlegmatisches Schwein.

Sobald Kaver das Eigentum der Frau Gräfin geworden war, wurden die hygienischen Vorkehrungen zu seiner Pflege noch verstärkt. Er wurde in einen separaten Raum übergeführt, dessen ausgeglichter Luftinhalt vorher genau festgestellt war. Er bekam sein eigenes Badezimmer, eine eigene Toilette mit Wasserpflanze, alles mit Goldschmuck eingerichtet, der die größte Note vertret. Überall waren Thermometer

aufgehängt, und ein eigener Schweizer, Martin mit Namen, bekam den Befehl, die Temperatur des Wassers und der Milch, die zum Tränken des Schweines bestimmt waren, genau zu messen. Der Grad der Temperatur war präzise vom Arzt vorgeschrieben. Martin, der Schweizer, maß also die Temperaturen der Getränke und ließ sie, je nachdem, wärmer oder kälter werden. Endlich richtete man auch für Kaver elektrische Beleuchtung ein und lehrte ihn, auf Matraken zu schlafen; selbstverständlich waren sie desinfiziert.

Das Schwein Kaver nahm dies alles gnädig entgegen und wurde weiter immer fetter und fetter. Eines Tages lag wieder die Gräfin mit dem Gemahl, ihren Liebling zu besuchen. Kaver trank gerade frisches Brunnenwasser, dessen bakteriologische Untersuchung 0,0 Prozent schädlicher Bakterien aufwies, während die chemische Prüfung gefunden Eisenoxidge, gebunden mit Kohlenfäure, ergab Dinge, die für ein Schwein von allergrößter Bedeutung sind.

Der Graf tauchte gewohnheitsgemäß das Thermometer ins Wasser. Er ertrante seine Augen nicht; die Wassertemperatur betrug statt der vorgeschriebenen 8 Grad Celsius 7,5 Grad! Die Gräfin erblühte. Wäre möglich? Der Martin, der Salunte, hätte die Temperatur nicht geändert?

Mit gemeinsamen Kräften rissen sie Kaver vom Wasser zurück, während sie ihm erklärten, daß er sich die Eingeweide verfühlen könnte. Daraufhin bedien sie das Gefäß zu, und aufge-regt drangen beide in die Wohnung des Schweizers ein.

Hast du die Temperatur des Wassers für Kaver gemessen, zu Taugenichts?", donnerte der Graf dem Schweizer entgegen. Martin zeigt auf das Bett beim Fenster: "Euer Gnaden, mein Junge ist schwer krank, er fiebert, ich mußte ihm zu trinken geben."

"Ach, ich fragte dich, hast du die Wassertemperatur für Kaver gemessen?"

"Ich hab's vergessen, Euer Gnaden. Mein Junge ist schwer krank, ich gebe ihm gerade zu trinken, mir drehte sich alles im Kopf."

In den Zeitungen erschien dann folgende Meldung: "Eine heftige Fäulnis. Der Schweizer Martin, der aus dem Gute des Grafen Ramm, eines bekannten Aristokraten, wegen Nachlässigkeit aus dem Dienst entlassen worden war, hat sich zu rächen, ein seltenes Zuchtschwein, ein wertvolles Exemplar, erkrankt. Der heftigste Fäulnis wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es verlautet, daß er kontinuoslos sein soll."

Drei Monate lang weilt Martin in Untersuchungshaft, wo er sich widerpenig benahm und nicht am Rückgang teilnahm. Im Verlauf der Untersuchung kamen verschiedene Schandstücke aus seinem früheren Leben ans Licht. So war er vor fünfzehn Jahren wegen Zusammenstoßens mit vierzehn Tagen Haft bestraft worden. Der Salunte hatte nicht auseinandergehen wollen, obwohl ein Oberwachmeister es ihm persönlich befohlen hatte. Hier hatte sich schon der Keim seiner hartköpfigen Natur offenbart. Ein zweites Mal war Martin wegen des Auftrags: "Der Heberbüchsen" mit drei Tagen Haft bestraft worden. Ein weiterer Beweis seines halsstarrigen, nachlässigen Charakters: Der Staatsanwalt unterließ es nicht, auf alle diese Details der Sünden des Angeklagten einzugehen. Scharfsinnig wies er auf die sich in seiner ganzen Vergangenheit offenbarenden Verbrochenheiten hin und versicherte, seit überzeugt zu sein, daß der Angeklagte, wäre ihm im Augenblick, da seine verdorbenen Leidenschaften erwachte, an Stelle Kavers der Graf in die Hand gefallen, diesen wie ein Schwein abgetöten hätte.

Erschütternd war der Anblick der armen Frau Gräfin, die als Zeugin erschien und die sich beim Anblick des Samtbändchens, das auf dem Tisch des Gerichts lag, der Tränen nicht erwehren konnte.

"Ich erkenne es," sagte sie auf die Frage des Vorsitzenden, "ich erkenne es; es gehörte meinem teuren Kaver, dessen Leberste unter dem Willenbeim im Schlossgarten begraben sind."

Der Angeklagte, der sein Wort der Reue äußerte, aber alles gestand, wurde wegen böswilliger Schädigung fremden Eigentums zu sechs Monaten schweren Kerlers verurteilt. Aber dies war noch nicht alles. Damit der Gerechtigkeit völlig Genüge getan sei, ließ man zwischen sein Sohn. Denn Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. Und das Schwein Kaver ruht jetzt unter den weißen Wästen, in deren Mitte sich ein Denkmal mit folgender Inschrift erhebt:

"Hier ruht unser Kaver, von der Hand des Mörders Martin getötet, der dafür zu sechs Monaten schweren Kerlers verurteilt wurde durch sechs Richter, verurteilt wurde. Beigelegt am 8. Mai 1907 im Alter von 18 Monaten. Ruhe in Frieden!" Graf Ramm aber hat sich aus dem Bändchen des seligen Schweines Kaver eine Krawatte nähen lassen, die er jedesmal am Jahrestage der Ermordung des edlen Ferkels trägt. (Uebersetzt von Jaroslaw Hasek.)

Der Etat des Auswärtigen Amtes

Zur Entwicklung des neu-deutschen Imperialismus.

Von Walter Stoedter.

Die Entwicklung eines neu-deutschen „republikanischen“ Imperialismus, die sich insbesondere seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund immer deutlicher zeigt, spiegelt sich klar wider in dem neuen von Herrn Stresemann vorgelegten Haushalt des Auswärtigen Amtes. Jahr für Jahr steigt die deutsche Bourgeoisie die Ausgaben für diesen Etat beträchtlich, um so ihre politische und wirtschaftliche Vertretung im Ausland zu vergrößern und die deutsche Diplomatie in die Lage zu versetzen, auch draußen, entsprechend der veränderten Lage in Deutschland, „auftreten“ zu können. Im gleichen Tempo, in dem die Ausgaben für die Verstärkung von Reichswehr und Marine anwachsen, steigen auch die Millionen, die die deutsche Bourgeoisie für ihre neu-imperialistische Außenpolitik verwendet. Während der kaiserliche Imperialismus im letzten Vorkriegsjahr 20.500.000 Mark für den auswärtigen Etat brauchte, wird der von der Sozialdemokratie so sehr unterdrückte republikanische Imperialismus in diesem Jahre das Dreifache, nämlich 59.121.000 Mark für seine Außenpolitik verwenden. Diese Ausgaben wurden in den letzten drei Jahren fast verdoppelt. Sie betragen 1925: 32.668.100 Mark, 1926: 34.906.000 Mark und sollen jetzt wieder um vier Millionen erhöht werden auf 59.121.000 Mark. Neue Botenposten, Gesandtschaften und Konsulate verschlingen eben ein Heidengeld. In diesem Jahre sollen nach dem neuen Haushalt wieder zehn neue Konsulate errichtet werden, die allein etwa eine Million Mark erfordern. Und da die Kosten für den Eintritt und Beitrag Deutschlands zum Genfer Völkerbund noch nicht im Etat enthalten sind, aber wahrscheinlich auch noch zwei Millionen betragen werden, wird der Gesamtetat wahrscheinlich auf 61.000.000 Mark kommen. Was der deutschen Bourgeoisie an militärischer Macht noch fehlt, sucht sie durch eine härtere und mehr verbreiterte diplomatische Vertretung zu ersetzen.

Wer übrigens glaubt, daß das diplomatische Personal in seiner Zusammenfassung durch die Gründung unserer sogenannten „Republik“ ein verändertes Gesicht zeigt, täuscht sich gewaltig. In seinem Amt herrscht der Adel so unumhändert wie im Reich Stresemanns. Und auch der diplomatische Nachwuchs wird fast ausschließlich feudalen Kreisen entnommen! In dieser Hinsicht haben natürlich auch die sozialdemokratischen Außenminister Hermann Müller und Köster nichts geändert.

Auch sonst zeigt der neue Haushalt die Züge der neuen imperialistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie. Während Wilhelm der Türmer und seine Außenminister im Zeitalter des kaiserlichen Imperialismus für Zwecke der politischen Spionage nur eine Million Mark verbrauchten, verlangt Herr Stresemann für diese unsaubere Arbeit nicht weniger als 8 Millionen! Im vergangenen Jahre wurde der Spionagesonds von fünf auf acht Millionen erhöht mit der Erklärung, die neuen drei Millionen seien nur einmalig notwendig. Jetzt aber heißt es im Etat: „Die im Vorjahre als einmalige Landesverpflichtung vorgesehenen 3.000.000 Mark werden laufend benötigt“; d. h. diese acht Millionen werden zu einer dauernden laufenden Ausgabe.

Für einen ähnlichen Zweck, der im Etat unter der Bezeichnung läuft: „Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland“, für welchen Zweck das kaiserliche Deutschland ganze 200.000 Mark brauchte, fordert Herr Stresemann nicht weniger als 2.700.000 Mark an! Auch diese Summe wird in jedem Jahre erhöht, diesmal von 2.500.000 auf 2.700.000 Mark. Hinzu kommen aber noch für das „wirtschaftliche Nachrichtenwesen“ besonders 500.000 Mark und für die „Förderung des Nachrichtenwesens im Inland“ 448.000 Mark! Dies sind zusammen im Allgemeinen allein 11 1/2, fast 12 Millionen Mark für Spionage und Nachrichtenwesen. Dabei ist eine halbe Million für die berüchtigte Zentrale für Heimatsdienst, die sonst immer im

Lenin - Liebfnecht - Luxemburg

Wichtige Kundgebung für die gefallenen Führer

In vier Sälen Dresdens hatte die kommunistische Partei gestern zu Kundgebungen der Verklügten zu Ehren der gefallenen Führer der Revolution aufgerufen. Schon einige Tage vorher lief von den Anschlagssäulen ein ausgezeichnetes Plakat dazu auf. Bubenhände setzten es in der ersten Nacht herunter. Am nächsten Tage klebten neue, die diesmal geschützt wurden. Kamphofe Dresdener Maler hatten sich erboten, ohne Entgelt zur Ausschmückung der Säle Bilder der drei großen Führer Lenin, Karl und Rosa anzufertigen.

Unter Leitung eines jungen Arbeiters hatte sich ein Sprechchor der Jugend gebildet. Arbeiterfänger und die RFB-Schalmeienkapelle hatten sich zur Verfügung gestellt. Die Kuitung für die geleistete Arbeit blieb nicht aus. Der Besuch sämtlicher vier Veranstaltungen war außerordentlich gut. Im Volkshaus Ost, das, obgleich Parteihaus der SPD, uns zur Verfügung gestellt worden war, sprach Genosse Meißner vor dichtgefülltem Raume, in der Reichsfront, Reutrabt, wickelte sich das Programm ebenfalls vor dichtbesetzter Saale ab. Für den durch Bahnschwierigkeiten am rechtzeitigen Erscheinen verhinderten Genossen Doernle sprang hier ein Arbeiter aus dem Betrieb als Redner ein. Im überfüllten Saale des Bürgergartens in Löbtau hielt Genosse Landtagsabgeordneter Siegel die Ansprache. Besonders imponant gestaltete sich die Kundgebung im Kristallpalast, der so überfüllt war, daß eine ganze Anzahl Besucher, die unbedingt an dem Festzug teilnehmen wollten, den Abschluß der Kundgebung vor dem Tore abwarten mußten. Von der Kuppel der Bühne blühten die charakteristischen Köpfe der Führer, von roten Bannern umgeben, in den Saal. Reklamation des Gen. Voßmann, ein dreifaches Männerquartett des Arbeitergesangsvereins „Liederhalle“, die für den großen Raum allerdings an Köpfe etwas zu schwache Leubener RFB-Schalmeienkapelle und ein überraschend gut wirkender Jugendprediger leiteten zu einem ausgezeichneten Referat des Genossen Fritz Hecker über die Bedeutung der toten Führer ein, das gleichzeitig Bilder der Vergangenheit und Gegenwart entrollte. Sein zündender Appell, im Sinne der drei großen Führer, im Geiste des Führers des Weltproletariats, Lenin, zu kämpfen und zu wirken und die Saat aufgehen zu lassen, deren Ernte sie begonnen haben, rief brauenden Beifall hervor.

Vier Demonstrationen - ein Kampfgelöbnis.

Gegen 9 Uhr zogen sich von allen vier Sälen Fackelzüge in Bewegung, die sämtlich dem Wilhelmplatz in der Reutstadt zuströmten. Ueberraschend stark vertreten waren neben den Frauen parteilose und SPD-Arbeiter. Sogar Gruppen von Reichsbahnverleuten marschierten mit, allerdings hielten sie sich an der Seite des Zuges. Aus Furcht vor ihren konterrevolutionären Führern wagten sie

es nicht, in Reih und Glied zu marschieren. Wie lange noch...?

Eine dicke Menschenmenge bildete im Innern der Stadt Spalier. Duster leuchteten die Fackeln durch das Dunkel, grell schrien Plakate und Transparente die Arbeiterlosgungen in die Nacht:

- „Lenin zeigt euch den Weg!“
„Kämpft im Sinne der Toten der Revolution!“
„Macht auf, Verdamnte dieser Erde!“
„Schafft die proletarische Klassenfront!“
„Der Handschlag der Proleten bringt den Tod der Ausbeuter!“
„Vorwärts durch Einheitsfront zur Proletarierdiktatur!“

Und über den Köpfen der Tausende flatterten blutrote Banner. Gruppe um Gruppe, Zug um Zug, Männer, Frauen und Jungproletarier marschierten unter ihrem Kampfsymbol, dem roten Banner mit dem Sowjetstern, durch Dresdens Straßen. Auf dem Wilhelmplatz drängte sich die Menge, als die Klänge der „Internationale“ die Kundgebung unter freiem Himmel und beim Scheitern der Fackeln einleiteten. In kurzer, eindrucksvoller Rede führte Genosse Kerner die Lage der internationalen revolutionären Bewegung den Hörern vor Augen, schilderte die Aufgaben, die der revolutionären proletarischen Bewegung erwachsen, und schloß unter stürmischem Beifall der Teilnehmer von drei Zügen (Striefen war noch nicht eingetroffen!) mit den Mahnworten,

der Führer zu gedenken durch das Gelöbnis und die Tat.

Jetzt erst marschierte der Striefener Zug unter Trommelwirbel des Tambourzuges an.

Eine kurze, anfeuernde Ansprache des Gen. Hoop rang in einem brauend aufgenommenen Hoch auf die kommunistische Partei und die proletarische Einheitsfront aus, und dann erhob sich mächtig der Kampfgeläng der Proletarier:

„Macht auf, Verdamnte dieser Erde,
Die stets nur noch zum Hungern zwingt -
Das Recht wie Blut im Kraterherde
Rau mit Macht zum Durchbruch bringt...“

Hochauf loberten die Fackeln, blutrot leuchteten die Banner, und die 5000 Dresdener Proletarier legten entblöhten Hauptes ihr Kampfgelöbnis ab im Sinne Lenins, Liebfnechts und Rosa Luxemburgs.

So gebahnte das Dresdener Proletariat der Führer der Revolution.

Möge es dem Gelöbnis bald die Tat folgen lassen!

Kußenetat stand, diesmal in den Etat der Reichskasse übernommen worden, in dem auch noch neu angefordert sind anderthalb Millionen für „Nachrichtendienst im Inland“. Mit diesen beiden Summen beträgt also der Korruptionsfonds der Reichsregierung 14 Millionen Mark, eine Summe, mit der sich schon etwas anfangen läßt. Aus diesem Fonds kaufte Herr Stresemann bekanntlich hinter dem Rücken des Reichstags, aber unter Zustimmung des Sozialdemokraten Hermann Müller, die Deutsche Allgemeine Zeitung. Aus diesen Summen wurde auch zum Stimmenspektrum durch das Reich die Industrie- und Handelszeitung angekauft. Die DAZ sollte politisch und die I. u. H. Ztg. wirtschaftlich Stresemanns imperialistische Außenpolitik vertreten. Die Beratung des Außenetats wird wohl zeigen, was aus den beiden Blättern werden wird. Daß die hier ge-

nannten Geheim- und Nachrichtensonds von der „partijischen“ Sozialdemokratie Jahr für Jahr restlos bewilligt wurden, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden.

Sehr verdächtig ist übrigens auch im neuen Auswärtigen Etat die Erhöhung der Summe von 4.700.000 Mk. für „Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland“ auf sechs Millionen. Nach den Erfahrungen beim Reichswehretat wird auch der Außenetat genau kontrolliert werden müssen, zumal sich auch hier oft die verdächtige Bemerkung findet: „Die Mittel sind übertragbar“.

In jedem Jahre bekämpft die kommunistische Fraktion auch die völlig zwecklose teure Botschaft beim Vatikan in Rom. In Rom haben wir nämlich zwei Botschaften, eine bei Mussolini, und eine beim Papst! Die Botschaft beim Papst kostet allein jährlich etwa eine halbe Million. Die Sozialdemokraten aber leisten sich besonders für die Aufrechterhaltung dieser Botschaft ein und scherten unsere Entwürfe auf Aufhebung dieser Botschaft ab. Freisfeld blieb es vorbehalten, die Notwendigkeit dieser teuren Paradeeinrichtung aus „informativischen Gründen“ zu betonen!

Die deutsche Arbeiterklasse hat bei der wachsenden imperialistischen Entwicklung alle Veranlassung, die kapitalistische Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie und auch den Kußenetat dieser Bourgeoisie härter als bisher zu beobachten und zu bekämpfen.

Der Granatenschwindel wird immer dümmmer

Wenn die Einleitung der Vorwärts-Schwindel-Kampagne über die angebliche Verletzung der deutschen Reichswehr mit russischen Granaten noch einigermaßen geschickt inszeniert wurde, so zeichnen sich die nachfolgenden „Enttüllungen“ in heftigem Maße durch ihre plumpe Durchsichtigkeit und platte Dummheit aus. Schon das berühmte Gespräch Rinklers mit den beiden Arbeitern der Fabrik in Trost zeichnete sich durch eine auf fallende Plumpheit der Äußerungen aus. Wörtlich wurde darin festgestellt, daß in der genannten Fabrik nicht eine einzige Granate abgefäht worden ist; das hinderte die gesamte SPD-Presse selbstverständlich nicht, wenige Zeilen weiter „festzustellen“, daß die Ausrüstung der Reichswehr für den Bürgerkrieg mit sowjetischem Giftgas „erwünscht“, „bewiesen“ sei.

Was sich der Vorwärts aber in seiner Dienstag-Morgenausgabe leistet, zeigt eine so unverfrorene Rabinität, daß sie nicht gut überboten werden kann. Unter der großen zweifelspaltigen Überschrift: „Die abgekauften Sowjetgranaten, aber es gibt Dokumente!“ veröffentlicht der Vorwärts in fünfmaligen Partierheften für einen Angehörigen der chemischen Fabrik „Bercol“ für die zweite Hälfte des Januar 1926. Auf diesem Partierheft sind die in allen Ländern üblichen Vorhörsmaßnahmen gegen ausländische Spionage, wie das Verbot der Aufnahme von Skizzen und Photographien, vermerkt.

Das ist alles. In seiner Enttüllungsstunde hat der Vorwärts anscheinend überhaupt nicht bemerkt, daß dieser Partierheft nicht eine einzige der lächerlichen Behauptung über die Giftgasproduktion in Sowjetrußland für die Reichswehr beweist. Der Schein trägt den Kopf „Chemische Fabrik Bercol“ in russischer Sprache, also folgere der Vorwärts: eine Giftgasfabrik! Also wird weiter gefolgert: die von der SPD-Presse entdachte Giftgasfabrik in Trost. Wo die Verbindung mit der Reichswehr in diesem Formular nachzuweisen ist, bleibt das Geheimnis der Vorwärts-Redaktion.

Wir müssen gestehen, die „Beweiskraft“ dieses „Dokuments“ ist erschütternd. Mindestens so erschütternd, wie die Enttüllung der Intelligenz der Vorwärts-Leser durch die Redaktion. Glaubt der Vorwärts wirklich, daß kein sozialdemokratischer Arbeiter fragen wird, wo denn eigentlich die Beweise für den Granatenschwindel erbracht sind. Wir haben im Geantteil darauf hingewiesen, daß der Ausbau dieser Industrie ansehnlich dieser drohenden Interkontinentalgefahr eine revolutionäre Pflicht ist. Die Verböhrtheit, mit der die Sozialdemokraten selbst mit den dümmsten Methoden die Kriegsgehe gegen die Sowjetunion unterziehen, bestätigt unsere Auffassung von der Notwendigkeit der Verhinderung der Abschirmmaßnahmen zur

Mussolini rüstet zum Krieg

Von Aquila.

Die wirtschaftliche und innerpolitische Lage treibt das faschistische Italien zum Krieg, in dem Mussolini nunmehr, laut seiner eigenen Worte, seine einzige Rettung sieht.

Wegen der späten und verhältnismäßig schwachen Entwicklung der italienischen Industrie konnte die italienische Bourgeoisie in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten im Konzert der imperialistischen Weltmächte keine selbständige und unabhängige Rolle spielen. Vor dem Kriege pendelte sie, obgleich Mitglied des Dreibundes, zwischen diesem und der Entente, nach dem Eintritt Italiens in den europäischen imperialistischen Krieg und auch nach dem Krieg pendelte die Politik des italienischen Imperialismus zwischen den französischen und englischen Imperialisten hin und her. Nach dem Siege des Faschismus verlor die italienische Bourgeoisie, sich von ihrer Abhängigkeit loszulösen und ihre eigenen Wege zu gehen. Dank der guten Konjunktur der italienischen Industrie in den Jahren 1924 und 1925 ist es eine Zeitlang tatsächlich so, als hätte die italienische Bourgeoisie zumindest erste Anfangserfolge zu verzeichnen. Allein die diplomatischen Niederlagen, die Mussolini - eine nach der anderen - in den Jahren 1925 und 1926 durch die englischen und französischen Imperialisten erlitt (Mussal, Maroffa, Tanager, Jugoslawien), waren eine ernste Mahnung an die italienische Bourgeoisie und ihre faschistische Regierung, sich seinen eiligen Missionen hinzugeben.

Die Wirtschaftskrise, die Anfang 1926 die Konjunktur der Vorjahre abschnitt und sich noch von Monat zu Monat weiter vergrößerte, ohne bereits ihren Höhepunkt erreicht zu haben, hat dann tatsächlich die anfänglichen Missionen Mussolinis und der italienischen Regierung gründlich zerstört und die faschistische Regierung zum „Eulenkent“ in die Front des englischen Imperialismus genötigt. Die Wirtschaftskrise hat aber gleichzeitig auch die Hölle der italienischen Bourgeoisie gewaltig gesteigert; sowohl die inneren Widersprüche, als auch die Kontrasterken mit jenen Mächten, die im Wege der so geliebten Expansionsmöglichkeiten liegen; mit Frankreich im Mittelmeer und seinen Verbänden auf dem Balkan und mit der Türkei im nahen Osten.

Gewaltig beschleunigend wirkte die Wirtschaftskrise auf die Zuspitzung der inneren Widersprüche des Kapitalismus im Allgemeinen und des Faschismus im Besonderen. Die Unzufriedenheit und Erbitterung der durch die großkapitalistische Politik der faschistischen Regierung gesehteten und verletzten Massen der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz und der ländlichen und städtischen Mittelschichten griff auf das faschistische Lager über, und die kleinbürgerlichen und deklassierten Elemente des Faschismus rebellierten gegen Mussolini und gegen die großkapitalistische Politik der faschistischen Regierung. Erst ließ ihnen nicht gelingen war, ins Ausland zu entkommen, verhaften und einsperren. Calza Bini, ein General der faschistischen Wille und früherer Sekretär der faschistischen Provinzföderation von Rom, sowie Dumini, einer der Führer Matteottis, der wegen des Mordes Freigesprochen wurde, sahen im Gefängnis; Celarelli, der frühere Prokurator und intime Berater Mussolinis, der faschistische

leben außerhalb Italiens in der Emigration! Als die Verhaftungen nicht mehr ausreichten und die Opposition in der faschistischen Partei und der faschistischen Miliz immer lauter und drohender wurde, hat Mussolini das Parteistatut und den Parteitag aufgehoben, sämtliche gewählten Funktionäre der faschistischen Partei ihrer Funktionen entzogen und das Oberkommando der faschistischen Miliz persönlich übernommen, um durch seine persönliche Autorität die Widerspenstigen zu zähmen. Als auch dies nichts half, ließ er durch seine eigene Partei und durch Spindel „Altemate“ gegen sich selbst inszenieren, um im darauffolgenden Chaos sowohl die Führer des Proletariats zu besitzigen, als auch sich seiner Gegner im eigenen Lager zu entledigen.

All dies hilft ihm jedoch nichts mehr und er sieht die einzige Rettung noch in einem Krieg, der über die inneren Schwierigkeiten und Widersprüche hinwegtäuschen soll. In einem Witz November an die Britisch United Press gegebenen Interview, in dem er sich mit dem römischen Diktator Sulla vergleicht, erklärt Mussolini wörtlich:

„Sulla stand vor einer Situation, die der heutigen sehr ähnlich war. Auch er hatte keinen Mattozzi in der Person Cinnas, der ermordet wurde. Die Menge war so während gegen Sulla, daß er sich emischte - um sein Festhalten wiederherzustellen - im Osten einen Krieg zu machen. Als er dann siegreich aus dem Krieg zurückkam, wurde er am Forum Romanum mit dem Triumphbogen erwartet und das Volk jubelte ihm zu.“

Diese eigenen Worte Mussolinis werfen ein großes Licht auf die Kriegsgefahr, die durch die allerersten Vorbereitungs-schritte Mussolinis, insbesondere durch den gegen Jugoslawien und somit gegen den französischen Imperialismus gerichteten Kriegsvertrag mit Albanien in greifbare Nähe gerückt ist. Es genügt, einen Blick in die Pariser und Belgrader offizielle Presse zu werfen, die Kriegspropagandierungen an der italienisch-französischen Grenze zu beobachten und an den Besuch des italienischen Generalstabschefs in Bukarest und Bessarabien zu erinnern, um die Gefahr in ihrer ganzen Größe zu erkennen.

Ein Krieg des Faschismus, etwa gegen Jugoslawien aber an irgendeinem anderen Punkt der Welt, könnte bei der heutigen Verflechtung und Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze keinesfalls ein auf zwei Staaten lokalisiertes Krieg bleiben! Durch einen Krieg des Faschismus auf dem Balkan würden sofort alle Balkanstaaten, sowie auch ihre englischen und französischen Schutzpatrone, deren vorgehobene Figuren sie sind, in den Krieg hineingezogen werden. Ebenso würde ein Krieg etwa gegen die Türkei, der gleichzeitig den Krieg gegen die Sowjetunion bedeuten müßte, ganz Europa und Asien in Brand stecken.

Die unmittelbare Kriegsgefahr, die seitens des Faschismus der ganzen Welt droht, muß die werktätigen Völker aller Länder alarmieren, um dem unter dem faschistischen Terror schmachtdenden werktätigen italienischen Volk zu Hilfe zu eilen und die Kriegsgefahr des Faschismus zu vereiteln, solange es



20. Januar 1926: Freispruch im Verlaßer Nord-Prozess (Ermordung von 12 Arbeitern). — 1923: Auslieferung von 20.000 Hüttenarbeitern in Schweden im Kampf um den Achtstundentag. — 1905: Generalfest in Petersburg. — 1891: Erstmaliges Erscheinen des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Polizeikommandos an der Seite des Stahlhelms!

Anlässlich einer Veranstaltung des Stahlhelms am vergangenen Montag bildete sich in der Nähe des berühmten Stahlhelms in der Jirkusstraße ein Menschenauflauf, bei dem es zu einer Auseinandersetzung zwischen provozierenden Stahlhelmsmitgliedern und Arbeitern, angeblich Reichsbannermitgliedern, kam. Die Polizei, die ein Ueberfallkommando zum Schutz — der Stahlhelmer schickte, weigerte sich, die Namen von Hakenkreuzern festzustellen, die einige Arbeiter mit Schlagringen blutig geschlagen hatten. Die Volkszeitung berichtet darüber:

„Technische Szenen, wie sie nachfolgend geschildert werden, spielen sich schon öfters vor dem Stahlhelmheim an der Ecke von Grunauer und Jirkusstraße ab. Aus uns unbekannter Ursache war dort nach der Versammlung ein Aufstand entstanden. Unter Berichterstatter, der nicht aus der Versammlung, sondern aus einem Kurios der Volkshochschule kam, sah nur, wie zwei Zivilpersonen von Stahlhelmlieuten in die Hausflur des „Heims“ gezogen und dort geschlagen wurden. Er machte einen in der Nähe befindlichen Polizeibeamten auf diesen Vorfall aufmerksam, worauf er gleichfalls von Stahlhelmlieuten gepöbeln, in die Hausflur gezogen und mit Schlagringen bearbeitet wurde, wobei er mehrere blutige Kopfverletzungen davontrug und sich dabei auch schwer auf die Junge stieß. Durchs Publikum aufgefordert, drangen nun Polizeibeamte ins Haus und holten den Mann, der sich in die zweite Etage geflüchtet, herant. Er wurde dann in der Hausflur von Samaritern verbunden.“

Er war aber nicht der einzige, der mit den Stahlhelmlieuten schlimme Erfahrungen gemacht hatte. Es lag auch noch ein Bewußtloser in der Hausflur. Nun begab sich der Mann in Begleitung von Samaritern und eines Freundes nach der Polizeiwache in der Tierarzneischule, um einen Beamten zur Feststellung der Schläger zu erhalten, da das inzwischen angelommene Ueberfallkommando diese Feststellung verweigerte und an den Bezirk verwies. Hier hatte man anscheinend sehr großen Respekt vor dem Stahlhelm und suchte sich dem Eingreifen unter allerlei Ausflüchten zu entziehen. Es bedurfte erst sehr energischer Aufsichtens des Begleiters des Verletzten, damit man sich nach langem Verhandeln endlich bequeme, zwei Beamte mit nach dem Stahlhelmheim zu schicken, wie man sagte: Auf eigene Verantwortung des Verletzten und seines Begleiters, im Falle sie festgehalten werden sollten. Dazu kam es jedoch nicht, vielmehr konnte dort festgestellt werden, daß einer der Herren, die zur Mißhandlung aufgefordert hatten, ein Hauptmann a. D. Martin Hauße, Albertstraße 35, 3., war, während ein anderer, der in der Hausflur mit dem Schlagring agierte, nach Aussage Haußes unter dem Kommando des Oberleutnants a. D. Walter Grakmann, Leubnitzer Straße 9, Erdgeschoss, stand. Beide Tapierer hatten Stahlhelmsuniform an. Ausweisen brauchten sich die sehr prohißig auftretenden Herren auffälligerweise vor der Polizei nicht. Der Verletzte begab sich hierauf nochmals nach dem 5. Polizeibezirk und verlangte Aufnahme einer Strafanzeige. Das wurde verweigert, da es sich um eine Zivilklage handelte. Auch der nochmalige Hinweis des Verletzten, daß man solchen Zivilpersonen wegen einiger Redensarten verhaftet habe, nützte nichts. Hoffentlich ist die Staatsanwaltschaft, der die Sache vorgelegt werden wird, etwas weniger nachsichtig als die Polizei.“

Soweit die Volkszeitung. Wir sehen in den Apparat der Klassenjustiz, an den die Volkszeitung appelliert, keine Hoffnung auf Verhaftung der Stahlhelmschergen. Wir erklären offen, daß es unserer Meinung nach in diesen Fällen nur eins geben kann:

Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Faschistenterror!

Die „sichere Dollarbasis“

Was die „Mitteldeutsche Finanzunion“ garantiert.

Die mit großem Pomp und einer raffinierten Inkraten-Kelime im Sommer des Jahres 1924, also zur Zeit des bekanntesten Kapitalmangels, aufgetretene „Mitteldeutsche Finanzunion“ verpackt in Prospekten den Geschäftsteilen, die auf sie hereinschauen, glänzende Geschäfte und garantierte 100 Prozent Verzinsung im Jahre und Anlegung der ihr anvertrauten Gelder auf Dollarbasis. Der richtige Gründer, ein Kaufmann Weigel, nahm sich eine Anzahl „Gesellschafter“, die über ebensoviel Geld wie er verfügten, dafür aber mit gefälschten Kreditausweisen und Wechseln zu arbeiten verstanden. Schon im Vorjahr wurde Weigel ertappt und erhielt 2 Jahre Gefängnis und die mitangeflagten „Gesellschafter“ einige Monate. Da aber das Konto noch nicht erschöpft war, wurden Weigel u. Co. nochmals vor das Schöffengericht zitiert, das einen seiner drei Mitangeflagten freisprach, einen zu 5, den anderen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte und Weigel zu nochmals einem Jahr Gefängnis „verdonnetete“. Den betrogenen Zinsbesitzenden verhilft das natürlich auch nicht zu dem erhofften Dollariegen. Schlechte Erfahrungen — die man auf „ungesicherten“ und auch „gefälschten“ Wegen mit der „trahenden Dollarionne“ in Deutschland gemacht hat.

Freibewerter der Wohnungsnot

Ein 1880 in Hosterwitz geborener Gärtner Köhne hatte in strepelloser Weise wohnungslustige Dresdner Einwohner dadurch betrogen, daß er als Vermittler von beschaupharmen freien oder Teilmietwohnungen auftrat und diesen Geld für eine „Einkaufsgebühr“ und Anzahlungen auf vereinbarte Provisionen abnahm, ohne sich natürlich um diese Opfer der Wohnungsnot zu kümmern. Da der Krug jedoch nur solange zum Weller geht bis er bricht, kam er schließlich doch vor das Amtsgericht, das ihn wegen Betrugs in 9 Fällen zu acht Monaten Gefängnis und zu einem Jahr Ehrenrehabilitationsverlust verurteilte.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung

hat auf ihrer Tagesordnung außer der Fortsetzung der Wahl der Reichsleiter (Neuwahl des zweiten Beisizers infolge der Niederlegung dieses Amtes seitens des Stv. Clojus sowie Neuwahl des vierten Beisizers) und der Neuwahl des Vorsitzers, die kommunikalischen Anträge betr. Erwerbslosen- und Fürsorgeunterstützung, Ausbau der städtischen Regiebetriebe, Schulentlastungsbefreiung und Bekanntmachung der Ankündigungen der freien Gewerkschaften und des Erwerbslosenausschusses auf den Anschlagflächen des Zentralarbeitsnachweises. Die Sitzung beginnt 7 Uhr.

Achtung! Zimmerer! Sämtliche Bauherren des Sangehäuses Paul Kats, Dresden-Leuben, sowie die Bauherren am Kieker Platz sind für Zimmerer gesperrt. Die Firma hat Aufträge auszuführen lassen. Es ist Pflicht aller Zimmerer, dieses Baugehäft zu meiden.

Zentralverband der Zimmerer, Zählstelle Dresden.

Umleitung und Ausfall von Nachtwagen in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag. Wegen Jahrdrahtauswechslung auf dem Postplatz in der Nacht vom 20. zum 21. Januar treten von 1 Uhr bis 4:30 Uhr früh im Nachtwagenverkehr der über den Postplatz fahrenden Linien folgende Veränderungen ein: Der Verkehr der Linien 7, 18, 19, 20 und 22 wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Linie 10 wird in beiden Richtungen durch die Könnert- / Ammonstraße geleitet. Die Nachtwagen der Linien 2 und 18 verkehren von 1 Uhr ab nur zwischen Volkswitz und Altmarkt und die Nachtwagen der Linie 6 nur zwischen Wälder Mann und Clara-Allee (Schauspielhaus), während zwischen Altmarkt — Schlachthof, Altmarkt — Cottauer Straße und Postplatz — Rähnitz nach 1 Uhr keine Nachtwagen verkehren.

Sperrt. Wegen Bahrausbaubesserung wird das linke Weikerhauer zwischen Kröbelsstraße und Wäbeker Straße vom 20. Januar dieses Jahres ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Keilverkehr gesperrt.

Das Versicherungsamt der Stadt Dresden mit der Ausgabe stelle der Angestelltenversicherung befindet sich jetzt nicht mehr im Stadthaus Theaterstraße, sondern im 2. Obergeschoß des Sparfahnenhauses Schulgasse 4 (Eingang für die Ausgabe stelle auch Hargasse 3), Postamt Dresden-A. 1; Fernsprechamtlich 21791; Geschäftszeit von 8:30 bis 2 Uhr. Hierauf werden die beteiligten Kreise zur Vermeidung von Zeitverlust nochmals hingewiesen.

Kultur und Wissenschaft Indiens ist das Thema eines großen öffentlichen Vortrags und Filmvortrags, den der Touristenverein „Die Naturfreunde“ am Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr im Volkswitzsaal, Frobeniusstraße 7, veranstaltet. Es spricht dort Pradit S. A. Apulhotri aus Kara (Indien). Der Eintritt beträgt 60 Pf. für Erwerbslose und Jugend 30 Pf.

Volkshochschule. Freitag, den 21. Januar, beginnt Dr. Herbert Schneider Naturkundliche Vorträge zur Vorbereitung der Wanderungen, 7:30—9 Uhr im Naturfundezimmer der Dreifünfschule, Annabergstraße 17. Teilnehmerkarten hierzu in

„Kommunistisch-bürgerliche Einheitsfront“

Reherwig. Mit dieser Ueberschrift versucht die Freitaler Volkszeitung in ihrer Sonnabendnummer aus Verger darüber, daß unter Genosse Langer erster Gemeindevorsteher mit den Stimmen der Bürgerlichen geworden ist, ihre abgebrannten Wähler wieder einzufangen. Wohl schreibt das Blatt, daß wir nur den Bürgerlichen diesen „Sieg“ zu verdanken hätten, vertritt aber dabei ganz, ihren Feind zu unterstützen, daß bei der Wahl der Gemeindevorstandsvorsitzer, ihr sozialdemokratischer Bürgermeister und sein Stellvertreter, ebenfalls SPD, auch die Stimmen der Bürgerlichen erhalten haben. Man verliert zwar aus Verlegenheit, die Bürgermeisterwahl als Grund für unseren Sieg anzugeben, wonach wir „den Bürgerlichen Mitschieden geleistet hätten“. Hierzu sei folgendes bemerkt: die Wahl des Bürgermeisters hat im allen Kollegium stattgefunden, wo noch keine SPD vertreten war. Abgesehen davon, daß das neue Parlament ganz anders zusammengesetzt ist, und die SPD die Mehrheit verlor, hat man das, was die Volkszeitung in Reichen und Hohorn verweist, ganz einfach in Reherwig für gut gehalten. Man beachte es fertig, niemals der SPD, die mit dem neuen Bürgermeister arbeiten soll, die in der engeren Wahl beständigen Verloren nachhat zu machen vielmehr verlangt man abends bei der Wahl von mehreren zwei Genossen, die im allen Parlament noch parteilos waren, für den SPD-Mann Hegner zu stimmen. In der engeren Wahl waren noch zwei SPD-Genossen (?) vertreten, dabei ein Sekretär aus anderem Ort, der seit 1923 in der SPD organisiert ist. Da wir nur diese Genossen launten, haben unsere zwei letzten Genossen für denselben gestimmt, auch hier ist den Bürgerlichen kein Dienst geleistet worden. Der Einspruch, der bei der Entschaffungsmöglichkeit erfolgte, ist nach Sachde der Parteilisten, nur der Brief an den gewählten Bürgermeister, wonach er gebeten wurde, das Amt nicht anzunehmen, ist von einem SPD-Genossen unterschrieben. Obwohl die Volkszeitung vor kurzem hinausposaunte, „sie wären demokratisch genug, die Stimme des Volkes zu verdienen“, hat sie bei der Wahl des Bürgermeisters ihre Macht nur für ihre Anhänger ausgespielt. Auch teilt das Blatt ihren Wählern nicht mit, daß wir bei dem Vertreter des Elektrikarverbandes unsere Stimme der SPD gaben, und somit die Bürgerlichen sich mit dem 2. Vertreter begnügen mußten. Weiter irren sich die Freitaler Volkszeitung, daß der „kommunistische Rechner“ bei dem fünften Sitz der Ausschüsse einen zugunsten der SPD entschieden, verschweigt aber dabei, daß es umgekehrt war im Schulbesuchsausschuß. Die Lage von einer Front mit den Bürgerlichen, erregt selbst in weiteren Schritten der Einwohner von Reherwig größte Betrübnis. Die Einwohner haben nicht verstanden, daß man von Seiten der SPD versucht hat, in dem Parteifrat die Arbeiterstimme hinauszubringen, und den Wert zu beschließen, die Kommunisten nicht mehr in keinem „Votum“ zu haben. Daß die Bürgerlichen gleichzeitig in dem Lokal verkehren und 5 Vertretungen der Rechte erhalten werden hat die „Sozialdemokraten“ nicht geföhrt. Wir werden zeigen, was wir leisten können und allen Anträgen der SPD zustimmen, soweit dieselben der Arbeiterklasse von Nutzen sind. Wir werden aber auch den Kampf aufnehmen, wenn man versucht, die SPD zu unterdrücken. Daher, Einwohner von Reherwig, traut nicht den Mandat der Freitaler Volkszeitung, wendet euch mit Wohlhabungsfragen um an unsere Vertreter im Gemeindeparlament und unterstützt uns dann werden wir eine proletarische Kommunalpolitik treiben können. Werdet Leier der bei allen Arbeiterfreundlichen verhöfsten Arbeiterstimme und Mitglieder der SPD.

Bürgerlich-sozialdemokratischer Block in Neugersdorf

Neugersdorf. Am Montag, den 18. Januar, fand die erste Sitzung der neugewählten Stadtvorordneten statt. Der Zuschauerraum langte bei weitem nicht, die überaus starke Besucherzahl zu fassen, so daß ein beträchtlicher Teil sich im eigentlichen Sitzungssaal ausbalten mußte. Bürgermeister Rogbach wies die Neugewählten in ihr Amt ein und wünschte in laubungsvoller Weise ein „friedliches, reibungsloses“ Arbeiten. Nach Belesen der Tagesordnung entspann sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Die kommunistische Fraktion beantragte Vertagung der Wahl des Stadtrates, Ge-

der Geschäftsstelle, Marienstraße 17, 1. Stock. — Der Vortrag von Dr. med. Rudolf Reubert (Ergänzungslehrgang zu dem Thema: Die Leibesübungen und unser Körper) beginnt am Freitag, den 25. Februar (nicht am 21. Januar). — Dienstag, den 1. Februar, beginnt: Dr. Walter Müller: Die Bildhauerei im 19. und 20. Jahrhundert, 7:30—9 Uhr in der Schulturnhalle, rückwärtiger Eingang bei der Sempeterstraße. Teilnehmerkarten hierzu ebenfalls in der Geschäftsstelle, Marienstraße 17, 1. Stock.

Theater am Bolaplatz. Die Erstaufführung von „Beronika“, ein Frauenstück in 4 Akten von Hans Müller, findet mit Cläre Roded in der Titelrolle am Sonnabend statt. Spielleitung: Adolph Roded. Der Vorverkauf im Refa, Annabergstraße und im Theaterrestaurant (Tel. 40 125) ist bereits eröffnet. — „Schneewittchen und die 7 Zwerge“, Märchen in 10 Bildern von Komer, in Szene gesetzt von Adolph Roded, gelangt am Sonntag 4 Uhr nachmittags zur Aufführung. Des Andrangs wegen an der Kasse, wird wiederholt gebeten, den Vorverkauf zu benutzen.

42. Volkshochschule, Theaterstraße 9. Freitag, den 21. und Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr bringt der Schulchor in der Schulturnhalle das Kinderstück „Du deutscher Wald“ von Franziskus Ragler zur Aufführung.

Wohnungsbau. Am Sonnabend, den 22. Januar, abends 7:30 Uhr findet in der Hofmann, Rähnitz, eine Wohnungsausschussversammlung statt. Tagesordnung: 1. Wahl eines Vertreters in den Wohnungsausschuss; 2. Verschiedenes. Wohnungsausschuss, erscheint pünktlich.

Zischwitz und Umg. Der Arbeiter-Eperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet, Distrikt Dresdner Industriegebiet, veranstaltet für Zischwitz und Umgend einen Anfängerkursus zur Erlernung der Welthilfssprache Eperanto. Der Kursus beginnt heute Donnerstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr in der Schule zu Zischwitz, An der Aue, Zimmer 9. Interessenten wollen sich dorthin melden. Eine Festsetzung des Kursbeitrages findet erst bei Beginn statt. Es werden von den Kursteilnehmern nur die Unkosten (Zimmermiete, Lehrbuch usw.) getragen, so daß der Beitrag nicht allzu hoch sein dürfte.

Heidenau. (Generalversammlung des Mietervereins.) Wir verweisen auf das in der heutigen Ausgabe enthaltene Interat des Mietervereins.

nasse Dutsche wandte sich gegen die beabsichtigte Ausschaltung der Kindererziehungsstellen aus dem Rat und den Ausschüssen, sowie die gelobte Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters. Eineinhalbtausend Wähler können man nicht ohne weiteres übergehen. Kurze Zeit vor der Sitzung habe man den Fraktionen eine neue Gemeindevorstellung zugesandt, ein Produkt welches der Gemeindevorstellung nicht entsprach. Die sonst vielgepriesene Demokratie werde man über Bord, nur um die Opposition zu verdrängen. Russische Methoden dürfen in einem Arbeiterort nicht Methode werden. Sozialdemokraten und Bürgerliche verurteilten die Ausschreibungen anderer Genossen mit den ernstlichsten Redensarten zu verurteilen. Gegen fünf Stimmen wurde unter Antrag abgelehnt.

Zum Vorsteher wurde Heinig (SPD) mit 21 Stimmen gewählt. Genosse Jurke erhielt drei Stimmen. Mit erstem Stimmenverhältnis (Sozialdemokraten und Bürgerliche) wurde **Walter Weber (bürgerlich)** zum 2. Vorsteher gewählt. Für diesen Stellvertreter schlug die SPD ihren Genossen Zimmermann vor, und dieser wurde durch die Bürgerlichen gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt. Weiterer geht den Weg so mancher Reuegenen. Im alten Kollegium beherrschte er mit dem SPD-Mandat zur SPD. Damit erhält er heute, indem man ihn als Vorsteher präferiert, den Judoeloh.

Sobann begann die Wahl des freien Bürgermeisters und anschließend die der vier Stadträte. Genosse Dutsche protestierte nochmals gegen das angewandte Wahlerfahren und verlangte keine vorerst begründete Stellungnahme. Selbst die Fraktion der Später konnte sich dem nicht enthalten, dagegen zu opponieren. Mit einer reichs- oder landesgesellschaftlichen Normendigkeit verhielt man sich nicht auch zu entschuldigen. In Veranschlagung vom Stadtrat (SPD) wieder mit den Bürgerlichen und gegen drei kommunistische Stimmen wurde er gewählt. Für die vier Stadträte wurden vorgeschlagen von der SPD die Stadträte Hähnitz, Knute, Herrmann und Winkler, von dem Bürgerverein Wilhelm Güntler, Dreher, Thomas und Halang, vom Sparsverband Dr. Winkler, von der SPD der Genosse Anton Hofmann. Nach erfolgter Wahl gingen wie folgt als gewählt hervor: Güntler und Dreher vom Bürgerverein (8 Stimmen), Hähnitz und Knute von der SPD (11 Stimmen).

Einen längeren Geschäftsbericht für das Jahr 1926 erstattete der Vorsteher Heinig. Für die Arbeiterklasse zum gründlichen Nachdenken sei folgendes hier angemerkt: Die wirtschaftliche Krise hat sich in unserer Gemeinde stark bemerkbar gemacht. Zurzeit sind 512 Erwerbslose vorhanden. Der Wohnungsausschuss hat in 106 Sitzungstagen 908 Beratungsgesitzungen abgehalten. Das Wohnungswesen ist härter im Streichen betroffen. Am 1. Mai 1926 waren 286 Wohnungslustige vorhanden, Ende des Jahres dagegen 460!

Ein merkwürdiges Bild weist der Schlachthofbericht auf: erheblicher Rückgang der Zahl der Schlachtungen, jedoch ein Ansteigen der Pferdebeschlägen. Dafür einige Zahlen. Geschlachtet wurden: 816 (121 weniger) Rinder; 1170 (85 weniger) Kühe; 2102 (319 weniger) Schweine; 16 (152 weniger) Schafe; 22 (16 weniger) Ziegen; 3 (8 weniger) Hunde; 235 (63 mehr) Pferde. Alle angeführten Zahlen, man würde noch die Krankeisenden haben, beweisen das sinkende Wirtschaftsleben. Ein Jahresbericht, der die kapitalistische Wirtschaft gut beleuchtet, Bürgerliche und Sozialdemokraten hätten wie schlechte Schüler ihn an Genosse Dutsche beleuchtete diesen mit reichlichen Worten. Insbesondere ring er mit den Bürgerlichen scharf ins Gesicht, nagelte ihr rückwärtiges Verhalten fest. Darob große Entrüstung. Stadtr. Halang glaubte sich und seine Fraktion reinzuwaschen. Mugs kam die SPD durch Stadtrat Hahn zu Hilfe. Er sprach von „Agitationsrede der Kommunisten“ und sprach den Bürgerlichen ein Lob aus. Zwei Anträge der Kommunisten wurden nach kurzer Debatte zur Beratung dem Rat übermiesen. Darauf folgte Dunkelkammer. Wir aber rufen der Arbeiterklasse zu: Heraus aus der Passivität! Hinweg mit der häuslichen Bequemlichkeit. Es gilt zu kämpfen gegen den Reformismus, der die Arbeiterklasse an das Bürgerium verhandelt. Schafft in eurem eigenen Interesse eine rote Klassenfront!

Rundfunk

Freitag, den 21. Januar:

- 3:30—4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Professor Dr. Amiel und Oberlehrer Westermann: Einheitskurschrift für Fortgeschrittene.
- 4:30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
- 6:05—6:30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 6:30—7 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentrat Friebe und Rektor Mann: Englisch für Anfänger.
- 7—7:30 Uhr: Prof. Dr. Wittkowski: Eine Sprachplauderei: „Die Weerdigung findet statt oder Ung. Zeit und Heit“.
- 7:30—8 Uhr: Paul Prehlich: Die neue Stahlbauweise.
- 8 Uhr: Wettervorhersage, Schnebericht und Zeitangabe. Gleichzeitige Uebersetzung auf den Deutschlandsender, Welle 1309.
- 8:30 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Spendrei. Das Leipziger Sinfonie-Orchester.
- 10 Uhr: Freizeitsport und Sportklub.
- 10:15 Uhr: Funfbrett. Mitwirkende: Ralf Trummer, Fritz Clauffert (Gesang), Karl Opitz (Witz), Bernhard Bollmer (Regitationen).

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesien: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Willi Schneider, Freital — Druck: „Neuoa“, Druckereifiliale Dresden.

ACHTUNG!

Wohin gehen wir am Sonnabend, den 22. Januar 1927?

Zum Unterhaltungsabend im „Lindengarten“, Königsbrücker Straße

Roter Frontkämpfer-Bund
Abt. IV, Dresden-N.

Die

Das Geßler-System

Von Aug. Kreuzburg.

Zum ersten Male in den verflochtenen acht Jahren „deutscher Republik“ melden sich in diesem Jahre auch demokratische und sozialdemokratische Stimmen der Kritik an dem für das Jahr 1927 vorgelegten Reichshaushaltsplan des Reichswehrministeriums. In einem Artikel in der Chemnitzer Volksstimme vom 6. Januar 1927 bringt sogar der Verfasser, in welchem wir wohl mit Recht den früheren Präsidenten von Oldenburg, den Abgesandten Ruhnke vermuten, den Mut auf, die Ablehnung dieses Haushalts zu fordern. Herr Ruhnke wird ein „einsamer Prediger in der Wüste“ bleiben und gut tun, schleunigst alle Hoffnungen zu begraben, vorausgesetzt, daß er es mit seiner Forderung nicht meint und es nicht seine Absicht ist, die wegen der jählichen Unterbrechung des Geßlerregimes durch die Sozialdemokraten rebellierenden Arbeiter zu beruhigen. Aber gleich, ob Herr Ruhnke seine Forderung ehrlich meint oder nicht, die Arbeiterklasse hat alle Ursache, die sozialdemokratische Kritik mehr als kritisch zu betrachten. Geßler und sein System sind so fleisch von ihrem Fleisch, daß sie es gar nicht wagen können, dagegen zu rebellieren. Geßler wird vielleicht durch einen anderen ersetzt, das System aber wird bleiben, wenn nicht die Arbeitermassen sich zum außerparlamentarischen Kampfe um die kommunistische Partei scharen. Die mageren Stimmen der Kritik in der Sozialdemokratie und bei den Demokraten werden bis zur Beirathung des Reichswehrretrats vollständig verschwinden, die Sozialdemokraten und Demokraten werden auch diesmal diesem Geßler zustimmen, wenn es bis dahin den Arbeitermassen nicht gelang, die breiteste Massenbewegung gegen dieses Schandsystem zu entfachen.

Daß die Kritik der letzten Monate auf Herrn Geßler und sein System nicht den geringsten Eindruck gemacht hat, beweist am besten der vorgelegte Etatentwurf selbst. Wer den Entwurf nach nur oberflächlich durchsieht, findet sofort, daß die „Verzerrung“ der „Schwarzen Reichswehr“ aus jedem einzelnen Kapitel und Titel herausleuchtet. Zunächst finden wir da unter viel weniger als 76 Kapiteln oder Titeln die Bemerkung „Mittel und übertragbar“. Das heißt, sie brauchen nicht für den angeordneten Zweck, sondern können für alle möglichen Dinge verwendet werden. Niemand hat die Möglichkeit der Nachkontrolle. Sie stehen in den militärischen „Spitzelhands“. In anderen Titeln heißt es: „Die Mittel fließen dem oder jenem Kapitel zu.“ Der Gesamtetat ist dadurch so unübersichtlich gemacht, daß in Wirklichkeit das Reichswehrministerium mit den Mitteln machen kann, was es will. Das Etatrecht des Reichstages ist vollkommen illusorisch gemacht.

Im Reichswehrministerium selbst sind beschäftigt: 215 Offiziere, 414 Beamte und 339 nichtbeamtete Hilfskräfte. Auf je 100 Reichswehrangehörige kommt also in der Heeresleitung ein Offizier oder Beamter. Diese Spitze der Prätorianergarde leidet dem deutschen Steuerzahler:

1924: 2.708.300 Mk., 1925: 4.156.170 Mk.,
1926: 5.737.220 Mk., 1927: 9.148.800 Mk.

Der Betrag hat sich also seit 1924 verdreifacht.

Außer der Truppe selbst finden sich für 36.229 Mannschaften nachfolgende Vorgelegte:

Insgesamt 4291 Offiziere, 14.657 Unteroffiziere und 38.000 Obergefreite und Gefreite. Die Gefreiten und Obergefreiten mühen sich Dienstjahr und Ausbildung ohne weiteres dem Unteroffizierskorps zurechnen zu lassen, so daß in Wirklichkeit 22.057 Unteroffiziere vorhanden sind. Vergleichen wir die Zahlen der Vorgelegten zu den Mannschaften, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: Auf je 9 Mannschaften kommt 1 Offizier, auf je 2,5 Mannschaften, wenn wir die Obergefreiten und Gefreiten wegfallen, ein Unteroffizier und auf jeden Mann mehr als ein Gefreiter oder Obergefreiter. Da sich das Verhältnis von heute gegen das der Vorkriegszeit etwa wie 1 zu 6 verhält, sehen wir also im Vorgelegtenkörper der heutigen Reichswehr genau den Führerstab in der Stärke der wilhelminischen Truppe. Da die Gesamtbesoldung 1927 die Summe von 112.706.000 Mark beträgt, Obergefreite und Gefreite aber nach der Gruppe A II, Mannschaften nach der Gruppe A I belohnt werden, so ist dieser Apparat zur Organisation einer neuen imperialistischen Wehrmacht dem deutschen Reich jährlich mindestens 130 Millionen. Daß es sich bei der Reichswehr um eine Kaderorganisation handelt, geht ebenfalls aus dem Pferdebestand hervor, der doch das 100.000-Mann-Heer nicht weniger als 10.212 Pferde. Die Tatsache der Kaderorganisation wird auch dadurch bestätigt, daß es in der Reichswehr 3133 beschäftigte Beamte gibt. Hinter ihnen verdrängt sich die „Tarnung“ für die Bezirkskommandos usw.

Die Ausgaben für Waffen und Munition entwickelten sich wie folgt:

1924: 54.441.470 Mk., 1925: 63.687.340 Mk.,
1926: 66.608.900 Mk., 1927: 69.647.310 Mk.

Dazu kommen für das Jahr 1927 einmalige Ausgaben für neuen Zweck in Höhe von 10 Millionen, so daß die Gesamtausgabe in Wirklichkeit rund 89 Millionen beträgt, das macht auf den Kopf jedes Reichswehrangehörigen pro Jahr 800 Mark. Wenn man weiß, daß ein Infanteriegewehr, das Jahrzehntlang anhält, rund 135 Mark kostet, braucht man nicht lange zu unvorstellbar, aus welchen Mitteln die deutsche Kontinentalrevolution bewahrt wird. Vergleichen nicht, wie diese Waffen verborgen und verschoben werden, wenn man liest, daß der Kraftwagenpark eine Summe von 13.135.570 Mark erfordert.

Ein besonderes Schandkapital sind die Ausgaben für das sogenannte Bildungswesen. Für diesen Zweck werden jährlich rund 10 Millionen, im Jahre 1927 sind es 10.416.440 Mark ausgeben. Was aber fällt alles darunter? Waffenschule, Reitschule für Offiziere, Waffenschulen, militärtechnische Ausbildung usw. Für die Büchereien zwecks Fortbildung der Mannschaften aber werden jährlich ganze 20.690 Mark, zur Hebung der allgemeinen Bildung 6.528.300 Mark ausgegeben. Von diesen 6.528.300 Mark erhalten aber allein die „Vehrkräfte“ an Besoldung über 5 1/2 Millionen Mark. Für die tatsächliche Fortbildung der Mannschaften bleiben also tatsächlich nicht einmal 1 1/2 Millionen Mark. Zwölf Jahre geduldet, des Berufes entwöhnt, krank und hoch werden die Mannschaften zum größten Teil einfach nach Ablauf ihrer Dienstzeit auf die Straße geschickt. Die deutschen Steuerzahler bezahlen und bringen folgende Millionensummen für die Reichswehr auf:

1924: 450 Millionen, 1925: 554 Millionen,
1926: 665 Millionen, 1927: 667 Millionen.

Sie werden verwendet zur Bewaffnung der Kontinentalrevolution gegen die Arbeiterklasse, zur Schaffung von Pfänden für abgeleitete wilhelminische Offiziere, für die Söhne der Kroutjunker und Industriekapitäne, Arbeiterkinder aber, die sich infolge der wirtschaftlichen Not bei der Reichswehr anwerben lassen, werden politisch und wirtschaftlich geknebelt und entrecht. Nach 12 Jahren aber fliegen sie wie ein ausgepreßter Schwamm auf die Straße, falls sie es nicht vorher vorgegeben haben, durch Selbstmord ein Ende zu machen.

Nach katastrophaler als bei der Reichswehr liegen die Dinge bei der Reichsmarine. Die Reichsmarineneveraltung besteht aus 50 Offizieren, 305 Beamten und 124 ständigen nichtbeamteten Hilfskräften. In der Marine selbst sind bei 2973 Mannschaften: 949 Offiziere, 4039 Unteroffiziere und Desoffiziere, die in Zukunft ebenfalls durch Unteroffiziere ersetzt werden, und 6982 Gefreite und Obergefreite. Auf jeden Matrosen kommen also nicht weniger als 3 Vorgelegte.

Insgesamt beschäftigt die Marine 1781 Beamte, 204 desamtete Hilfskräfte und 12.682 nichtbeamtete Hilfskräfte. Für die Fortbildung der Mannschaften wird nicht einmal eine Million ausgegeben. Für das Minenwesen, also dem eigentlichen Küstenkrieg, nicht einmal 4 1/2 Millionen. Dafür gehen aber die Ausgaben für die Ausrüstung der neuen imperialistischen Marine wie folgt aus:

Für Instandhaltung der Seestreitkräfte:
1924: 16.836.400 Mk., 1925: 27.694.430 Mk.,
1926: 35.424.800 Mk., 1927: 36.287.260 Mk.

Für Artillerie und Befestigung:
1924: 10.929.470 Mk., 1925: 12.454.280 Mk.,
1926: 13.484.480 Mk., 1927: 16.500.700 Mk.

Im Bau befinden sich 3 kleine Kreuzer. Ein 4. wird neu aufgelegt. Ferner befinden sich im Bau 11 große und 1 kleines Torpedoboot. Die Ausgaben für Neubauten entwickelten sich wie folgt:

1924: 7.753.090 Mk., 1925: 33.513.730 Mk.,
1926: 54.147.450 Mk., 1927: 67.695.100 Mk.

Bei diesen Summen haben wir die Beträge für die Ausrüstung der Neubauten mit hinzugezählt, weil sie ohne weiteres dazugehören. Die Marineneveraltung trennt bewußt diese beiden Kapitel. Sie will durch diesen „Trick“ die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Neubauten verschleiern. Während sie vom Jahre 1926 zu 1927 nur eine Steigerung von rund 5 Millionen errechnet, beträgt diese in Wirklichkeit über 13 1/2 Millionen.

Die Gesamtausgaben für die Marine betragen:
1924: 104,2 Millionen, 1925: 152,3 Millionen,
1926: 198,1 Millionen, 1927: 223,3 Millionen.

Bei den Gesamtausgaben haben wir also innerhalb drei Jahren eine Steigerung um mehr als 100 Prozent! Bei den Neubauten aber haben sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht.

Danach kann niemand mehr im Zweifel sein, wohin der Weg geht. Acht Jahre nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Heeres leben die Kadets jetzt zu neuen gewaltigen imperialistischen Kämpfungen zu Land und zu Wasser. Niemand kann auch im Zweifel sein, gegen wen sie gerichtet sind. Innerpolitisch gegen die verhungerte Arbeiterklasse und den verachteten Mittelstand, außenpolitisch gegen das Land des Proletariats und der Bauern, gegen Sowjetrußland. Mag Geßler gehen, ein Sozialdemokrat kommen, das System bleibt. Wie die Sozialdemokratie immer mit an erster Stelle gegen die Arbeiterklasse und Sowjetrußland getrieben hat, wird sie auch weiter kämpfen. Ein sozialdemokratischer Reichswehrminister wird an diesem System nichts ändern, er wird es verjährt fortführen. Deshalb darf die Arbeiterklasse nicht auf die sogenannte Kritik der Sozialdemokratie und der Demokraten hören. Sie muß sich aufmerkamenlich im Kampfe gegen dieses System unter Führung der kommunistischen Partei.

Der Reichsjustizetat

Von A. Rosenberg.

Der Reichsjustizetat umfaßt nur einen kleinen Teil des riesigen Apparates der deutschen Justiz, denn außer dem Reichsgericht in Leipzig ist die Finanzierung der deutschen Rechtspflege Landesangelegenheit. So kommt es, daß tatsächlich das Reichsjustizministerium das kleinste aller Ministerien ist. Es besteht im Grunde nur aus der Zentralbehörde in Berlin und aus dem Reichsgericht in Leipzig. Ferner hat man das Reichsnotariat dem Justizministerium unterstellt, das aber eine völlig selbständige Existenz führt. Um so interessanter ist es, daß dieses Justizministerium neben dem Minister auch noch einen ständigen Staatssekretär hat. Der Zweck ist dabei, die Diktatur des Erzevollziehers und Monarchischen Koel über die deutsche Justiz zu bereinigen. Im Reichsjustizministerium kommen und gehen die Minister: Marx, Frentzen, Bell usw. Aber der nicht-parlamentarische Staatssekretär Joel bleibt. Joel war der Hauptfeind der Justizreform und er ist ein fanatischer Gegner einer jeden Amnestie für Proletarier. Damit Joel im Reichsjustizministerium ungehindert arbeiten und walten kann, pflegt man dem Minister noch ein zeitweiliges Nebenamt anzuhängen. So ist eine Tradition geworden, daß der Reichsjustizminister zugleich das Ministerium für die besetzten Gebiete verwaltet.

Der Etat des Reichsgerichts umfaßt selbstverständlich die Gehälter der Herren Kiedner, Lorenz usw., deren Tätigkeit dem deutschen Proletariat genügend bekannt ist. Das Reichsgericht ist eigentlich dazu geschaffen, als oberste Berufungsinstanz zu dienen. Nur die Prozesse wegen Hoch- und Landesverrats kommen direkt in erster Instanz vor das Reichsgericht. Daraus ergibt sich für die Angeklagten die Situation, daß sie gegen die Kiedner-Arteite kein weiteres Rechtsmittel besitzen. Was der Kiedner-Senat entscheidet, ist unumstößlich wie die göttliche Offenbarung für den Frommen. Wir Kommunisten verlangen, ganz abgesehen von unseren grundsätzlichen Forderungen nach Amnestie, Bekämpfung der bürgerlichen Klassenjustiz usw., die sofortige Änderung dieses Zustandes. Die tatsächliche Verteilung der politischen Prozesse zwischen dem Reichsgericht und den ordentlichen Gerichten ist völlig willkürlich. Die schwersten politischen Anklagen, die überhaupt in der deutschen Republik vorkommen, die Hemmordprozesse, werden von den ordentlichen örtlichen Gerichten in Landshut, um abgeurteilt. Wenn dagegen in einem kommunistischen Zeitungsartikel die russische Revolution erwähnt wird, kommt der verantwortliche Redakteur wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor den Kiedner-Senat. Dieser Zustand führt dazu, daß der 4. Strafsenat des Reichsgerichts als Sondergericht gegen die KPD etabliert wird; was dabei herauskommt, ist bekannt. Wir verlangen, daß die Prozesse erster Instanz sämtlich dem Reichsgericht entzogen und den ordentlichen Gerichten überwiesen werden. Dadurch würde auch eine erhebliche Ersparnis zu erzielen sein. Es könnten mindestens fortfallen: Zwei Senatspräsidenten, zwölf Reichsgerichtsräte, zwei Reichsanwälte, darunter die Herren Kiedner, Lorenz, Neumann usw.

Wir dürfen gespannt sein, wie die SPD, deren Presse ja in letzter Zeit ebenfalls die Kiedner-Justiz verurteilt, sich dazu stellen wird.

Als neuer Titel erscheint im diesjährigen Justizetat die Summe von 10.000 Mark zur Unterstützung des deutschen Reichsverbandes für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge. Das ist eine Zusammenfassung der bürgerlichen und kirchlichen Wohlfahrtsvereine, die auf diesem Gebiet arbeiten. Wir verlangen unbedingt, daß auch die entsprechenden proletarischen Organisationen, in erster Linie die Rote Hilfe, aus diesen Mitteln Zuwendungen erhält. Die Kommunisten beantragen eine Erhöhung der Summe auf 15.000 Mark unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Roten Hilfe.

Die Besprechung des Gehalts des Reichsjustizministers wird selbstverständlich dazu Gelegenheit geben, die unerhörte Unterdrückung des Proletariats durch den Reichsjustizapparat zu brandmarken. Die Kera Bell hat in dieser Hinsicht auch nicht die geringste Verbesserung gebracht.

Die Reichskonferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter

Am 13. und 14. Januar tagte die vom 3K unierter Partei einberufene Reichskonferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter. In den zweitägigen Beratungen, die im Geist strengster Schlichtheit und aktiver Beteiligung aller Anwesenden verliefen, nahmen außer den leitenden Parteigenossen aller Bezirksorganisationen betriebsfähige Genossen aus jedem der 27 Parteibezirke teil.

Im ersten Teil der Tagung wurde der Bericht über die Beschlüsse der 7. Erweiterter Exekutive entgegengenommen. In das ausführliche Referat des Genossen Dengel schloß sich eine lebhaft ausgeprägte, in der sowohl die Einschätzung der internationalen Lage und die allgemeinen Aufgaben der Kommunisten als auch die Stellungnahme der Erweiterter Exekutive zu den besonderen Fragen der deutschen Politik und zu den Aufgaben der KPD behandelt wurden. Mit Ausnahme des Genossen Schlecht, der den parteifeindlichen Standpunkt der Moskauer-Gruppe offen verteidigte, des Genossen Weber, der für die ultralinke „Blattform“ der Beddinger Opposition sprach und der zwei Vertreter des Bezirks Pfalz, stimmten alle Teilnehmer der Konferenz den Beschlüssen der Komintern zu. Es herrschte einstimmige Übereinstimmung über die Durchführung der wichtigsten Aufgaben, die durch die Tagung der Erweiterter Exekutive der deutschen Partei gestellt worden sind.

Am zweiten Sitzungstag beschäftigte sich die Parteiarbeiterkonferenz mit der Vorbereitung des Parteitagges und den nächsten praktischen Aufgaben der Partei. Genosse Ewert referierte über die politische Entwicklung der letzten Wochen, über die praktischen Maßnahmen, die zu verwirklichen sind und über die weitere Sicherung der innerparteilichen Konzentration. In der lebhaften Diskussion wurde besonders die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, gegen die drohende imperialistische Intervention, der Verhinderung unserer Gewerkschaftsarbeit, der Massenmobilisierung gegen die kapitalistische Nationalisierungspolitik und ihre unvermeidlichen Folgen betont.

Zwei prinzipielle Probleme, über die bisher nicht genügende Klarheit in der Partei bestand — die veränderte Stellungnahme der Komintern zur nationalen Frage im unterdrückten Deutschland von 1923 und im imperialistischen Deutschland der Gegenwart, sowie die theoretische Bedeutung der kapitalistischen Nationalisierung und die praktischen Formen des Kampfes gegen ihre Auswirkungen — wurden einmütig und vorbehaltlos im Sinne der Beschlüsse der 7. Erweiterter Exekutive beantwortet.

Auf innerparteilichem Gebiete wurde die Parteiarbeiterkonferenz von allen Teilnehmern mit vollem Recht als ein wesentlicher Fortschritt für die Konsolidierung der Partei empfunden. Die Verschmelzung der ehemaligen Gruppe des Genossen Meyer mit der Parteimehrheit unter Führung des 3K kann im wesentlichen als gesichert gelten.

Das Auftreten der Genossen Schlecht und Weber zeigte nochmals den geistigen Bankrott und den politischen Zerfall der ultralinken Opposition. Beide oppositionellen Reber, deren Ausführungen sich übrigens in der Frage der Treue zur Partei wesentlich voneinander unterschieden, waren noch weniger als auf früheren Tagungen imstande, irgendeinen, sei es auch nur den geringsten positiven Vorschlag für die Parteiarbeit zu machen, oder auch nur eine ernsthafte Kritik an der Linie der Partei und der Komintern vom Standpunkt des Kommunismus vorzubringen. Soweit sie die kommunistische Linie angriffen, geschah dies vom kleinbürgerlich-antikommunistischen Standpunkt aus. Die Konferenz wies die ultralinken Behauptungen und Entfindungen mit aller Schärfe zurück, ohne ihnen mehr Aufmerksamkeit zu widmen als ihrem gesunkenen Niveau und ihrem gesunkenen Einfluß entspricht.

Auf dem Boden der Beschlüsse der 7. Erweiterter Exekutive, auf Grund der richtigen bolschewistischen Linie unserer Partei im Zeichen des Übergangs von den innerparteilichen Kämpfen zur härtesten Entfaltung der kommunistischen Massenarbeit, war die Konferenz eine gute Einteilung des kommenden Parteitagges.

Die Reichswehr verschlingt Millionen —



und wozu sie verwendet werden

Hinaus mit den Konterrevolutionären aus den freien Gewerkschaften!

A. I. Die A.S.P.S. hat ihrem Arbeiterrat am 11. Januar die A.S.P.S. aufgelöst. Mit zynischer Frechheit hat sie die jüdischen Arbeiter der monarchistischen Reaktion ausgeliefert, indem sie die neue Regierung selbst wählte, die sich bereit erklärte, die Forderungen des Verbandes der jüdischen Industriellen und der Metallarbeiter gegen die Arbeiter und werkschaftlichen Mittelstand auszuführen. Zugleich stellt die A.S.P.S. wieder den jüdischen Kartellvorstehenden Elser als Arbeitsminister zur Verfügung. Ein „Gewerkschaftsführer“ soll den jüdischen Arbeitern die weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse aufzwingen. Diese „Gewerkschaftsführer“ sollen den Arbeitern das nötige Geld zur Verfügung stellen, um die jüdischen Arbeiter unter dem Mantel der demokratischen Verfassung wolle zu verheimlichen. Ohne jüdischen Schutz auf legalem Wege, unter dem Mantel der demokratischen Verfassung wollen die Arbeiter die ein Menschenhaufen von den Arbeitern beschuldigen, die Arbeiter wehrlos machen. Dagegen müssen die Arbeiter mit allen Mitteln kämpfen. Sie müssen diese Konterrevolutionäre aus ihren Reihen austreiben, wenn sie den kommenden Kämpfen gegen die Unternehmer nicht ernst rittern werden wollen.

Herr Erich Schilling hat es abgelehnt, in den Gewerkschaften den Kampf gegen die A.S.P.S. zu führen. Sie haben diese Vertreter teilweise sogar vor den Arbeitern in Schutz genommen. Als die Textilarbeiter beschlossen, Winkler zum Reichstagsmitglied zu entsenden, verhinderte dies Jüdel vom A.S.P.S. Als die Eisenbahner die Entfernung des Gauverwandten, als die Eisenbahner die Entfernung des Gauverwandten, erklärte sich der SPD-Angestellte Hildebrand mit ihm solidarisch. Die Antwort für den Schutz dieser Vertreter haben die Arbeiter bei der letzten Textilarbeiter-Versammlung erhalten. Sie verlangten Lohnsteigerungen von 15 und 20 Prozent. Gemeinsam arbeiteten die Schlichtungsinstanzen des Arbeitsministers Elser, alles A.S.P.S.-Vertreter, mit dem Gauleiter Winkler, dem früheren Landtagspräsidenten — ebenfalls A.S.P.S.-Mann —, an der Abmürzung der Arbeiterforderungen und zwangen die verbleibenden Textilarbeiter, einen Schlichtungsbericht mit 6 Prozent Lohnsteigerung anzunehmen. Die Unternehmer erklärten, daß sie sich an diesen Spruch nicht gebunden fühlen, sie bestreiten die Arbeitslosigkeit nicht auf, sondern beschuldigen die Arbeiter und drücken so die Verdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen immer weiter herunter. Diese Tatsache zeigt den Arbeitern, daß die A.S.P.S. — obwohl sie bei den letzten Wahlen von der Arbeiterfront einen Fußtritt erhielt — auch weiterhin die Politik der Unternehmer gegen die Arbeiter betreiben wird. Das kann nur verhindert werden, wenn diese Vertreter aus den Reihen der Arbeiter ausgestoßen werden!

Die linken Führer der SPD scheuen auch heute noch vor dem Kampf gegen die gesamte A.S.P.S. zurück. In einem Aufruf der Landtagsfraktion: „An die jüdische Partei!“ stellt sie sich feil:

„Die Bildung der Bürgerblockregierung ist die schärfste Kampfmethode an die Arbeiterfront und an die notleidende jüdische Bevölkerung.“

Die Landtagsfraktion will nicht ruhen, bis das Berräterkabinett selbst gestürzt und an seine Stelle eine andere Regierung steht. Mit dieser Erklärung dürfen die Arbeiter nicht zufrieden sein, der Kampf ist — wenn er nur in dieser Weise parlamentarisch geführt wird — aussichtslos. Die Arbeiter werden dabei die Opfer der A.S.P.S.-Vertreter werden. Sie müssen die Verantwortlichen für die Bürgerblockregierung zur Rechenschaft ziehen.

Im Aufruf der Landtagsfraktion werden als Verantwortliche für die Bürgerblockregierung, die ihre Front gegen die breite Masse der westjüdischen Bevölkerung richtet, in erster Linie die vier Abgeordneten, die unter dem Namen „Alle Sozialdemokraten“ im Landtag sitzen, bezeichnet. Wird der Kampf nur gegen die 4 gerichtet, ist er aussichtslos. Der Kampf muß gerichtet werden gegen die gesamte A.S.P.S. und diejenigen in den Gewerkschaften, die die A.S.P.S. schützen.

Größer als die Zahl der organisierten A.S.P.S. ist die Zahl derjenigen, die noch in den Reihen der SPD und Angehörige der Gewerkschaften sind. Das zeigt die Stellung des Vorsitzenden Kramel vom jüdischen Gewerkschaftsausschuß, der den Kampf gegen die A.S.P.S. verhindert und offen für die A.S.P.S. eintritt. Dagegen betreibt Erich Schilling als Kartellvorsitzender von Leipzig und Redakteur der jüdischen Gewerkschaftszeitung „Am 15. November leistete er sich folgende Wahlbetrachtung:

„Der Wahlkampf richtete sich viel stärker gegen die A.S.P.S. als gegen das Bürgertum. Trotzdem hat diese Partei vier Mandate erlangt, und rund 100.000 Stimmen sind etwas viel für einen „Kamiliendevotein“. Ohne Organisation und Presse will das schon etwas heißen, und daß die Stimmenzahl nur bei Nr. 1 auf dem amtlichen Stimmzettel zu danken sei, ist eine recht billige Erklärung.“

Damit nimmt er Stellung für die „23 Rechten“ und vertritt sie gegenüber der Kritik seiner Partei zu denken. Eine noch größere Freilichkeit erlaubt sich Herr Erich Schilling am 1. Dezember, indem er sich gegen die Stellungnahme der „Richtungsfrage“ wendet. Er schreibt dort:

„Viele Arbeiter haben bei den Landtagswahlen diese Partei (A.S.P.S.) gewählt, weil sie sich mit den Grundzügen ihrer Politik im Landtag solidarisierten.“

Das ist eine der größten Frechheiten, die sich Herr Erich Schilling gegenüber den Arbeitern erlaubt. Die „23“ haben den Reichstagskongress in den Staatsbetrieben besetzt, sie haben die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre hundertweise gemordet und waren einverstanden, daß gegen die kämpfenden Arbeiter die Polizei mit geladener Waffe eingesetzt wurde. Sie

haben abgelehnt, daß die ungenügenden Löhne aufgehoben und den Arbeitern überhaupt noch Schutz gegen die Willkür der Unternehmer zuteil wurde. Obwohl ein großer Teil der „23“ Gewerkschaftsangehörige waren, haben sie die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Interesse der Unternehmer in der gemeinsten Weise verraten und in den Schmutz getreten.

Herr Erich Schilling behauptet, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter seien mit dieser Politik einverstanden, und ist immer noch Kartellvorsitzender!

Die Arbeiter stehen vor neuen schweren Kämpfen auch in Sachsen. Die Rationalisierung, die bisher einem Teile der Unternehmer Profite gebracht hat, für die Arbeiter aber nur dauernde Arbeitslosigkeit und Verkommen im Elend bedeutet, soll weitergeführt werden. Im Braunkohlenbergbau ist bereits die Arbeitszeit weiter verlängert worden. Die jüdischen Metallindustriellen kündigen den Manteltarif, um die Arbeitszeit ins Unbegrenzte zu verlängern und die Ferien zu beseitigen. Sie wollen volle Freiheit in der Herabsetzung der Löhne und Aufkündigung haben. Die Vaußner Textilindustrie droht mit der Auspeerrung aller Arbeiter und Arbeiterinnen, um die ausgehungerten Arbeiter unter ihre Fuchtel zu zwingen. Im Bauergewerbe will man Burgfrieden. Die Mittelungen des Arbeitsministeriums zeigen eine steigende Kurve der Betriebsstilllegungen, das Landesarbeitsamt meldet dauerndes Steigen der untersten Erwerbslosen, obwohl wöchentlich zehntausende Ausgesteuerte in die Kriegen- und andere Fürsorge abgehoben werden. Die Offenheit der Unternehmer gegen die Arbeiter soll in der breiten Form durchgeführt werden.

Die Arbeiter müssen dagegen kämpfen, sie wollen auch kämpfen gegen weitere Verelendung, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Soll dieser Kampf von Erfolg begleitet sein, dann ist es notwendig, daß aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten alle A.S.P.S.-Mitglieder und auch ihre Protektoren aus den führenden Positionen herausgeworfen werden. Der beste Kampf gegen die Bürgerblockregierung ist der Kampf gegen die Politik dieser Regierung.

Wenn sich die sozialdemokratischen Arbeiter damit zufrieden geben mit Hilfe eines parlamentarischen Wanders im Landtag diese Bürgerblockregierung zu kürzen, werden sie die Besiegten sein. Die Arbeiter können ihren Kampf nur gewinnen, wenn er außerparlamentarisch in den Gewerkschaften, in allen Organisationen des Proletariats gegen die Vertreter in den eigenen Reihen, gegen die A.S.P.S.-Leute und ihre Verteidiger geführt wird.

Je mehr diese Katastrophen des Industriellenverbandes aus den Gewerkschaften und von der Führung des Proletariats entfernt werden, um so leichter wird es sein, den letzten unorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaft zu bringen. Je schneller dies geschieht, um so eher wird die Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Unternehmer hergestellt, um so erfolgreicher kann die Lebenslage der Arbeiter gehoben werden.

Trebet den Kommunistenverfolgungen in den Gewerkschaften entgegen. Werft die sozialistischen Konterrevolutionäre, die A.S.P.S.-Leute aus diesen Organisationen heraus. Macht die Gewerkschaften wieder zu einer wuchtigen Waffe in den Händen des Klassenbewußten Proletariats gegen die Bourgeoisie!

Sozialdemokratische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften

In einer Zeit der verschärften Ausbeutung der Arbeiterfront durch das Unternehmertum und in einem Moment, wo die Gewerkschaften im ganzen Reich immer größer werden, steht es der sozialistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht für ihre Hauptaufgabe an, mit allen den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Unternehmertum zu kämpfen und dafür die ganze Schlagkraft der Gewerkschaftsorganisationen einzusetzen. Statt dessen häufen sich die Fälle verschiedener Verbandsleitungen, wie im Bergarbeiterverband, Baugewerksbund und anderen Verbänden, sowohl kommunistische wie sozialdemokratische und parteilose Verbandsmitglieder auszuschießen. Jedem Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied ist es klar, daß diese Ausschlußpraxis nicht zur Stärkung der Gewerkschaften, sondern nur zu ihrer Schwächung beiträgt. Genau so wird durch diese Ausschlußpraxis nicht die Werbekraft für die Gewerkschaften gestärkt, sondern geschwächt. Daraus ergibt sich für jedes einflussreiche Verbandsmitglied die Notwendigkeit, gegen diese sich gegen die Stärkung und den Ausbau der Gewerkschaften richtende Ausschlußpraxis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Alle Gewerkschaftler, einzelner ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilose, müssen sich in gemeinsamer Front zusammenschließen und zusammenschließen zur Verteidigung der Organisationseinheit in allen Verbänden, gegen den zunehmenden Ausschlußstoller, wie er bereits im Bergarbeiterverband, Baugewerksbund und anderen Verbänden begonnen hat.

Gerade in einer Zeit, wo es gilt, alle Arbeiter zusammenzufassen im Kampf um die Vertiefung der Arbeitszeit zwecks Wiederherstellung des Achtstundentages und für höhere Löhne, sowie für den Ausbau der sozialen Rechte, muß die einheitliche Front aller gewerkschaftlich organisierten und nichtorganisierten Arbeiter unter Einsetzung ihrer Gewerkschaften gegen das Unternehmertum gerichtet sein. Statt einer geschlossenen Front gegen die Ausbeuter sehen wir, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum paktieren und in einer Arbeitsgemeinschaft mit ihnen allen Kämpfen ausweichen unter Preisgabe der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen.

Und weil die Arbeiterfront nicht mit dieser Arbeitsgemeinschaft einverstanden ist, ist die Aufgabe des wachsenden Widerstandes bis tief in die Reihen aller Gewerkschaften dagegen festzustellen. Und weil dieser wachsende Widerstand die weitere Durchführung der Arbeitsgemeinschaft, die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht nur bedroht, sondern mit den Kommunisten an der Spitze immer stärkeren Widerstand innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften findet, schreibt man zu jener Ausschlußpraxis aller, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaft zur Wehr setzen.

Welche Furcht vor diesem wachsenden Widerstand gegen die Arbeitsgemeinschaft bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern vorhanden ist, zeigt klaffend das nachstehende Rundschreiben einer SPD-Fraktion aus Hamburg, im Verkehrsband.

Aktionsausschuß der SPD
Hafenarbeiter Hamburg, den 31. 12. 26.
Werte Genossen!

Wie aus den in letzter Zeit im Hamburger Echo und in der Hamburger Volkszeitung veröffentlichten Versammlungsberichten der Hafenarbeiter hervorgeht, machen die Kommunisten große Anstrengungen, bei den im Januar stattfindenden Neuwahlen der Branchen- und Sektionsleitungen ihre Leute in diese Positionen hineinzuwählen.

Sollten unsere parteigenössischen Hafenarbeiter, wie es in letzter Zeit wiederholt der Fall war, diesen Versammlungen fernbleiben, oder wie oft geschehen, diese vor Schluß verlassen, dürfte es den Kommunisten durch Heranziehung aller ihrer Anhänger gelingen, Zufallsmehrheiten in ihrem Sinne zustande zu bringen.

Genossen! Wenn wir nicht wollen, daß der Hamburger Hafen zum Spielball moskowitischer Experimente gemacht wird, muß dieses verhindert werden.

Wir ersuchen daher die Genossen Bezirksführer, auf dem nächsten Bezirksabend dieses Bekanntheit dieses Schreibens alle Genossen Hafenarbeiter aufzuklären, in den nächsten Versammlungen ihrer Branche und Sektion zu erscheinen und ihre Stimme nur parteigenössischen Funktionären zu geben. Die Genossen, die im Haus kassiert werden, sind durch die Hauskassierer zu informieren, daß sie auf die im Hamburger Echo bekanntgegebenen Versammlungen achten, dieselben besuchen und nicht vorzeitig verlassen.

Parteigenossen, wir erwarten, daß durch unseren Appell die Spekulation der Kommunisten auf die Laubheit unserer Genossen zunichte gemacht wird und zeichnen

mit Parteigruß
Aktionsausschuß der SPD-Hafenarbeiter.

Es muß schon sehr schlimm in den eigenen Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder aussehen, wenn die Verbandsleitungen offen und unverhüllt mit Hilfe sozialdemokratischer Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften zur Rettung ihrer Positionen greifen, um nicht bei den bevorstehenden Wahlen der Gewerkschaftsfunktionäre zu den Verbänden und Betriebsrätem ihren Einfluß zu verlieren. Dieselben Führer, die immer von politischer Neutralität schwärzen und der Opposition den Vorwurf machen, daß sie parteipolitisch orientiert sei, geben mit diesem Rundschreiben ganz offen die parteipolitische Ausnutzung ihrer Positionen zu. In dieser Tatsache darf kein Gewerkschaftsmitglied bei den bevorstehenden Wahlen vorbegehen. Soll in allen Verbänden mit der arbeitgemeinschaftlichen Politik und der Ausnutzung der Mitgliedschaft für die politischen Zwecke der SPD Schluß gemacht werden, dann gilt es, aus dieser sozialdemokratischen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften die Lehre zu ziehen, nur jenen das Vertrauen in allen gewerkschaftlichen Aufgaben, Wahlen usw. zu geben, die zur Verteidigung der Klasseninteressen sich im schärfsten Kampfe gegen die Arbeitsgemeinschaft das Vertrauen erworben haben.

Zugleich ist die Entlassung dieser mit allen Mitteln betriebenen sozialdemokratischen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften eine wichtige Waffe im Kampfe gegen die Ausschlußpraxis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und für die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen.

Gewerkschaftliches

APD-Bekleidungsarbeiterfraktion. Am 22. Januar Jakobsgasse 15 wichtige Sitzung!

APD-Bauarbeiterfraktion. Am Sonnabend, den 22. Januar, 7,30 Uhr Sitzung im Gaubüro, Jakobsgasse 15.

BUDJONNYS REITERARMEE

Erzählungen von S. Babel
(Übersetzt aus dem Russischen von Dmitrij Umanoff)
(Schluß)

Aber meine Worte prallten von der heldenhaften Infantarie ab wie Schotter von der Regimentskammer. Und aus dem ganzen Gespräch kam für uns nur das heraus, daß uns die Krankenschwestern zu den Betten führten und wieder davon zu schlafen begannen, wir sollten die Waffen niederlegen, als wären wir schon besiegt.

Dadurch regien sie Kostow so auf, daß man gar nicht sagen kann, wie sehr, und er rief seinen Verband ab, der sich auf seiner linken Schulter befand, oberhalb des blutigen Herzens des Artilleristen und Proletariats. Angesichts seines Charakters schwingen die Krankenschwestern, jedoch nur kurze Zeit, dann fingen sie wieder an zu spotten, wie es eben die parteilose Masse macht, und suchten schiefen sie Leute zu uns, denen es Spaß machte, uns im Schlaf die Kleider herunterzuziehen, und ließen uns als Kulturarbeit eine Theaterrolle in Frauenkleidung spielen, was sich gar nicht paßt.

Unbarmherzige Krankenschwestern! Mehr als einmal verzögerten sie uns wegen unserer Kleider mit Schloßpulver einzuschließen, so daß wir uns nur abwehrend zur Ruhe legten, ein Auge stets offen hielten, und selbst zur Verächtung der kleinen Nothdurft nur in voller Uniform gingen, den Revolver in der Hand. Nachdem wir derart eine Woche und einen Tag lang gelitten hatten, fingen wir an, irre zu reden, Gespenster zu sehen; und schließlich, als wir am vierten August, dem Morgen der Anklage erwarteten, merkten wir eine Veränderung an uns, wir lagen nämlich in Altkleid da, jeder unter einer Kummern, ganz wie Juchhäuser, ohne Waffen und ohne Kleider, die unter

Mütter, die schwächlichen Greisinnen aus Kubanj, für uns genügt haben... Und wir sahen die liebe Sonne prächtig leuchten, während die Infantarie, unter der wir drei roten Reiter litten, sich über uns läßt machte, zusammen mit den unbarmherzigen Pflegerinnen, die uns am Vorabend ein Schlupfuder eingegeben hatten und nun mit ihren jungen Brüsten wackeln und uns Schüsseln voll Kakao bringen, mit heißer Milch, daß man darin schwimmen kann. Ein helles Karussell: die Infantaristen klappern mit ihren Kränzen zum Erschrecken laut und zielden uns in die Seite wie künstlichen Dinnen: „Budjonny's Erste Reiterarmee ist auch mit dem Krieg fertig!“ Doch nein, ihr lödigen Genossen, die ihr euch wunderbare Bände angeeignet habt, die ihr nachts Dame spielt, als wäre es ein Kolossengewehr, die Erste Reiterarmee ist mit dem Krieg noch nicht fertig! Wir drei wollten austreten, trafen uns im Hof und begaben uns von dort flüchtig in unseren blauen Wunden zu dem Bürger Bojdemann, dem Vorsitzenden des Revolutionären Distrikts-Komitees, ohne den, Genosse Untersuchungsrichter Burdjonko, das Mißverständnis mit der Schieberei möglicherweise unentbehrlich wäre, durch den wir aber erst recht in völlige Verwirrung gerieten.

Und sogleich wir Ihnen gegen den Bürger Bojdemann kein bestimmtes Material geben können, teile ich Ihnen doch mit, daß wir beim Eintreten in das Wohnzimmer des Vorsitzenden des Revolutionären Distrikts-Komitees auf einen in Pelz gekleideten älteren Bürger, der Nationalist nach Jude, aufmerksam wurden. Der Bürger Bojdemann sitzt am Tisch, an einem Tisch voll mit Papieren, es war nicht schön anzusehen. Er schaut hin und her, und man sieht, er verliert von diesen Papieren nichts, er hat Kummer mit diesen Papieren, um so mehr, als drei unbekannte, aber verdächtige Krieger brocken an ihn, den Bürger Bojdemann, herantreten und Lebensmittel verlangen, während gleichzeitig die Distriktsfunktionäre auf die Konterrevolution in den umliegenden Dörfern hinweisen, und außerdem noch andere Funktionäre aus dem Zentrum bei ihm erscheinen, die ebenfalls und ohne jeden Anstoß vor dem Revolutionären Distrikts-Komitee heiraten wollen... Aber auch wir trugen mit erschöpfter Stimme unseren Fall vor, den

Berrat im Lazarett. Doch der Bürger Bojdemann klopfte uns nur mit hervorstechenden Augen an und schaute wieder hin und her und klopfte uns dann sehr sanft auf die Schulter, was gar nicht Sache der Behörde und ihrer unwürdig ist. Er gab uns jedoch überhaupt keine Resolution, sondern erklärte nur: „Genossen Krieger, wenn ihr für die Sowjetunion in der Tat einsteht, so verlaßt diesen Raum“. Womit wir selbstverständlich nicht einverstanden waren, sondern wir verlangten seinen vollständigen Personalausweis, und da wir ihn nicht bekommen, waren wir wie vor den Kopf geschlagen. Und in diesem verwirrten Zustande traten wir hinaus auf den Platz vom Lazarett, wo wir die Milch, bestehend aus einem Mann von der Kavallerie, entwaffneten und unter Tränen die drei unglücklich gelagerten Glasflaschen in der oben beschriebenen Vorratskammer zertrümmerten. Doktor Jowin verzog angesichts dieses unzulässigen Vorfalles das Gesicht und lächelte auch noch dazu, während doch Genosse Kustom vier Tage später an seiner Krankheit sterben mußte.

In meinem kurzen roten Leben hat sich Genosse Anton unendlich beunruhigt über diesen Berrat, der uns bald aus dem Fenster jubelte, bald über das herbe Proletariat spottete — doch das Proletariat, Genossen, weiß selbst, daß es dersh ist, und leidet darunter; aber wir wollen leben, wir wollen sterben, die Seele brennt und zerreiht wie Feuer das Gefängnis unseres Körpers und das Juchthaus unserer Rippen, in dem wir nicht mehr anhalten...

Der Berrat, sage ich Ihnen, Genosse Untersuchungsrichter Burdjonko, läßt über uns aus dem Fenster, der Berrat geht ganz unerschrocken in unserem eigenen Haus herum, der Berrat hängt die Stiefel über den Rücken, damit die Bretter des Fußbodens in dem bestohlenen Hause nicht knarren. Wir aber wollen den Fußboden aufreißen, der sich gegen unsere unverschuldete Dürstheit erhebt, und wir werden schwarzes Blut in jene Stiefel gießen, die gelernt haben zu gehen, ohne zu knarren.

Ende.

DRESDEN-NEUSTADT

Wergroßhandlung
Sattler / Limonaden
Ernst Glau
Dresden-N., Götterstraße
Telephon 43664 25688

Wäsche / Schürzen / Trikotagen
Strumpf- und Manufakturwaren
J. NATOWITZ
Louisenstraße 53 25682

Ernst Liebold, Rogschlächtereier
Oscarstr. 81 25654

„ALBEA“
Groß-Schuhreparatur-Anstalt
Kleine Meißner Gasse 2
Herrensohlen, normal Mk. 3,20
In Kernleder, schnellste Lieferung
Annahmestellen in allen Stadtteilen 25680

DRESDEN-JOHANNSTADT

A. KIRSTEN
UHREN / GOLDWAREN / OPTIK
Blasewitzer Straße 32 25685

DRESDEN-PIESCHEN

STRUMPF- UND WOLLWAREN
ALWIN KUMMER, Leipziger Straße 68 25659

DRESDEN-COTTA

Leder-Polsterwaren / Neu- und Umarbeitungen
Sattler und Tapezierer Regewald am Rathaus 25654

RADEBEUL

MODEHAUS A. REICHE
RADEBEUL-NIEDERLOSSNITZ
empfehlen die billigsten Preise: Kleiderstoffe
Wäsche - Konfektion - Herrenkleidung 25734

Theodor Grosse
Haus- und Küchengeräte in be-
kannter Güte - Spielwaren 25604

BISCHOWSWERDA

HOHLFELDS
Arbeiter-
Bekleidungs-Geschäft 25700

REICHENAU

Fleischerei
REINH. LEHMANN
empfehlen seine
Fleisch- und Wurstwaren 25702

EMIL BEHNER
REICHENAU
Lebensmittel, Groß- und Kleinhandel 25658

BROT- UND WEISSBÄCKEREI
K. DRÖSLER
HAUPTSTRASSE 492 25688

EBERSBACH

Herrmann Sauerlich, Hauptstr. b. Kirche
Uhren u. Goldwaren - Städtische Reparatoren 25705

BAUTZEN

OSKAR VOIGT
empfehlen seine
WEISS- UND FEINBÄCKEREI
Wendischer Graben 22 25651

W. Pletschmann, Wilthener Str. 43
Fahrräder - Nähmaschinen
Zubehörteile - Reparaturen 25683

HIRSCHFELDE

Eise Wolff / Hirschfelde
Molkerei-Produkte 25686

KARL KUHN, Pfarrgasse 100
Lebensmittelhaus 25687

NEUGERSDORF

Hauptfetttes Rohfleisch
empfehlen H. Kolbe in städtisches Filiale 25656

ADOLF SCHUSTER
Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinder-
bekleidung, Anfertigung nach Maß, Größen
moderne Stofflager, denkbar billigste Preise 25658

Emil Günzel, Neugersdorf
Eisenwaren und Werkzeuge 25692

Fachoptiker G. Kerstan
am Bahnhof 25690

Neugersdorfer Lichtspiele
Hirsch-Lichtspiele Seiffhennersdorf
Erstklassige Programme. Inh.: W. Gräfe 25697

HOMMELS SCHOKOLADENHAUS
Nur Ecke Albert- u. Rosenstr. Stets
frisch geröst. Kaffee ausgew. Sorten 25600

MEISSEN a. E.

ROBERT VIERTEL / MARKT 8
KOLONIALWAREN / KAFFEE-ROSTEREI
SPIRITUOSEN / ZIOARREN / TABAKWAREN 25727

Preiswerte Auswahl
in Kinder- u. Puppenwagen, Lederwaren
Gertrud verw. Quarg, Gerbergasse 2 25720

HUGO WENZEL
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Burgstraße 81 25716

SCHUH-HAUS THORNER
Günstige Bezugsquelle
für Schuhwaren aller Art
Elbstraße 8 (Heinrichsplatz) 25718

Siegfried Heinemann, Putz-, Manufaktur- und
Wollwaren, Elbstraße, am Heinrichsplatz, 25718

Musikhaus Gustav Häbler
Martinstraße 1 / Musik-Instrumente
aller Art / Saiten / Musikalien 25721

GROSS- UND KLEIN-ZSCHACHWITZ

Bier-Großhandlung Max Zichole
3 Pfundbrot, Simonstr. 15 / Tel. Niederriedlich 2885
Flaschen- und Fassbier 25610

Kaufhaus Günther
Pirnaische Landstraße 12 25664

Milch- u. Butterhandlung
F. Vollmann 25667

LOBAU

KARL EISNER
Konfektionshaus
Fernspr. 2346 / Nicolaistraße 8 25748

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
EMIL SCHRAMM
Altmarkt 13 25647

Linda Koban
Lebensmittelhaus, Hausenstraße 8 25648

Fritz Weiß, Feinbäckerei
Mathildenstraße 20 25646

Lebensmittelhaus
Billigste Bezugsquelle
R. Höhe, Weißberger Straße 3 25680

Hamburger Kaffeelager
Emil Grosse, Zama & Paris Niederlage
Zobanoffstraße 3 25788

MAX KRETSCHEL
Carolastraße 9
Fleisch- und Wurstwaren 25758

LEBENSMITTEL
E. Jähne, Carolastraße 17 25756

ZITTEL- FRIEDERSDORF

Hans Wollmann
Fahrräder und Reparaturwerkstatt
landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte 25756

ALFRED WOLLMANN
Kretscham, Fleischerei 25756

Ernst H. Leubner
Materialwaren 25756

Mag Rothe
Brot- u. Feinbäckerei / Materialwaren 25757

SEIFFHENNERSDORF

Hermann Stolle
Schuhmacherei u. Schuhlager 25678

Materialwaren
Gross-Größen, neben der Gerträge 25671

S. Schmidt Spezialgeschäft für
Photos und mecha-
nische Spielwaren 25677

Alfred Schönberger
Zigaretten / Zigarren / Zohob 25676

Hermann Zenker
Bäckerei u. Materialwaren 25692

GROSS-ROHRSDORF

Joh. Kriebel
Groß-Böhrsdorf
Elegante Herren-Kleidung
fertig und nach Maß
Verkauf für Bischofswerda
bei Georg Lotze, Waldeck 56 25689

Strick- und
Wollwarenhaus **Ewald Senf**
25688

RESTAURANT ZUR GARKÜCHE
hält sich von vormittag bis abends
besonders Robert Röhler und Frau, Ver-
sammlungslokal der KPD Seiffhennersdorf, 25674

Mag North / Materialwaren
gegenüber der Dienstfahrt Zimmermann 25678

**Kurt Dießner, Seiffhenners-
dorf**
Schneidwaren u. Damen-Konfektion 25678

Edmund Fröhlich, Seiffhennersdorf
Fahrradhandlung, Reparaturwerkstatt 25680

Bruno Ohmann
Lebensmittel, Zigarren, Zigaretten 25694

RADEBERG

Kaufhaus Wernicke
bekannt beste Bezugsquelle 25701

Schuhhaus Baum
Beste Einkaufsquelle für Schuhwaren 25691

Warenhaus Ikenberg / Radeberg
25702

MEISSNER RADIO-ZENTRALE
Leipziger Straße 30 - Telephon 1089
Führend in allen Neuheiten
Apparate - Bestellungen - Zubehör 25713

Milchversorgungs-Anstalt
Arthur Halerkorn, Hohlweg 5/6 25728

Optiker Wagner
Elbstraße 25
Krankenkassen- Brillen / Photo-Apparat 25714

Bettfedern-Reinigung mit elektrisch. Reiniger
MARIA STEINER, Plossenweg 2 25724

Anna Heller Nachf. Max Heinrich
Burgstraße 13
Fischhandlung - Kolonialwaren 25711

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder, sämtl. Ersatzteile und Reparaturen
MAX RIEPER, Pirnaische Landstraße 14 25663

KLIEMANN'S SCHUHHAUS, Putzjatinstraße 2
in Preiswürdigkeit unerreicht 25656

Molkerei Meißner
a. G. m. b. H.
Robert-Kurtz-Straße 7 25723

Fell-Einkauf
RICHARD HEMPEL
Burgstraße 8 25716

Curt Broschwitz, Kaiserstraße 6
Lederwaren - Polstermöbel 25725

F. W. BIER
Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Hahnemannsplatz 12 25724

Adler-Drogerie
Eugen Thömel, Putzjatinplatz 25668

Paul Moosdorf
Zigarren / Zigaretten
und Tabakwaren
Zittauer Straße 19 25748

M. FARAK, Bautzner Straße 3
Manufakturwaren
Fernsprecher 2584 25741

Huthaus Lachmann
Bahnhofstraße 29 25747

Erich Bräse
Konfektion und Textilwaren
Hauptstraße 9 25741

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
MAX KONRAD
Äußere Bautzner Straße 2 25759

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kurt Kurze, Bahnhofstraße 30 25711

Für den Winterbedarf:
OLIVA'S SCHUHWAREN-LAGER
Bautzner Straße, Ecke Spargasse
Filzschuhwaren in großer Auswahl 25710

Zigarren und Tabakwaren
Kurt Teich, Rathausladen 25740

Josef Scheufler
Brot- und Weißbäckerei 25794

Reserviert!

ERWIN WEBER
Ballhaus „Zur Krone“ 25679

Herrmann Loh / Seiffhennersdorf
Lichtbildwerkstätte 25676

Berta Matzner, Rentischstraße 127
„Geflügel zur Kanone“ / Spezial-Mineralien 25681

OTTO BAUER, Friseur
Spezialität: Substitutions 25682

Paul Mathias
Fleischerei und Wurstfabrik 25686

KAMENZ

Trinkt Bier
der
Ramenzer Brauerei! 25686

M. Hesse Inh. Kurt Benad
Herrenstraße 5
Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Bett-, Haus- und Küchenwäsche 25697

Restaurant Schloßberg / Ramenz
Dorfplatz des 7832 25695

MEISSEN a. E.

Bett-, Leib- u. Tischwäsche eigener Fabrikation
Trüben / Wollwaren / Leinwand / Bettfedern
Wäsche-Klimt, Rathenaufstraße 8 25722

HEIDENAU

F. J. Lehmann
Schloßstraße 2 25612

Bäckerei / Konditorei / Café
Täglich frische Waren aller Art
Geöffnet bis 1 Uhr nachts
Ewald Besak und Frau, Pirnaische Straße 44 25668

OTTO MARSCHNER, Königstr. 66
Frucht-, Gemüse-Konserven, Fleischwaren, Omelette 25667

DIPPOLDISWALDE

HUGO HICKMANN
Restaurant und Fleischerei
Schulgasse 102 25676

RICHARD ZIMMERMANN
Kohlen- und Holzhandlung, Brauhof 308 25756

ZSCHACHWITZ

Schnitt- u. Kolonialwaren
W. O. Göhrmüller
Niedersedlitzer Straße 30 25663

COSWIG

Garonia-Lichtspielhaus
Coswig
Dienstags u. Freitags
neuer Spielplan 25659

FREITAL-POTSCHAPPEL

Inlett, Bettfedern, Tisch-, Leib- und
Bettwäsche empfiehlt
Manufaktur-Warenhaus
Albert Jursch Coschitzer Str. 27 25619

RADEBERG

Zigarrenhaus
Pusch
Oberstraße 3 25658

**Strumpf- und
Wollwarenhaus**
Herrmann May
Markt 10 25657

RADEBURG

KARL EICHLER
Woll- und Baumwollwaren, Filzwaren, Bettfedern 25608

BERNSTADT

RICHARD GUNZEL
KOLONIALWAREN, DELIKATESSEN
ZIGARREN UND ZIGARETTEN 25740

Oswald Weißbach
Woll-, Weiß- und Schnittwaren 25729

KLEINSCHONAU

Fahrräder - Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
P. BAUMERT 25704

REIBERSDORF

Fahrräder - Motorräder
Nähmaschinen - Elektrobedarf
F. HAUSER 25684

ZITTAU

Reserviert

POLSTER-MÖBEL
Neu- und Umarbeitung
P. Gäbler, Zittau, Breite Str. 35 25618

JULIUS SCHÜNE
Lindenstraße 14
MATERIALWAREN-GESCHAFT 25729

Robert Fleischer Theaterstr. 15
Tel. Zittau 2739
Bedarfsartikel für Schuhmacher und Sattler 25690

Fleischerei Domske Nachf. empfiehlt seine
preisgünstigen Fleisch-
u. Wurstwaren, Tel. Richard Clemens, Breite Str. 39 25692

Schuhwaren! Für jedermann
das Richtige
Schuhwaren-Haus Zittau
Äußere Weberstraße (alt. Zittauer Bierhalle) 25691

Bruno Lindemann, Brot- und feine Weiß-
bäckerei, Äußere Weberstraße 55 25619

Reserviert!

Ernst Marschner
Brot / Weißbäckerei / Schlüterbrot 25730

MEISSNER RADIO-ZENTRALE
Leipziger Straße 30 - Telephon 1089
Führend in allen Neuheiten
Apparate - Bestellungen - Zubehör 25713

Milchversorgungs-Anstalt
Arthur Halerkorn, Hohlweg 5/6 25728

Optiker Wagner
Elbstraße 25
Krankenkassen- Brillen / Photo-Apparat 25714

Bettfedern-Reinigung mit elektrisch. Reiniger
MARIA STEINER, Plossenweg 2 25724

Anna Heller Nachf. Max Heinrich
Burgstraße 13
Fischhandlung - Kolonialwaren 25711

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder, sämtl. Ersatzteile und Reparaturen
MAX RIEPER, Pirnaische Landstraße 14 25663

KLIEMANN'S SCHUHHAUS, Putzjatinstraße 2
in Preiswürdigkeit unerreicht 25656

Molkerei Meißner
a. G. m. b. H.
Robert-Kurtz-Straße 7 25723

Fell-Einkauf
RICHARD HEMPEL
Burgstraße 8 25716

Curt Broschwitz, Kaiserstraße 6
Lederwaren - Polstermöbel 25725

F. W. BIER
Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Hahnemannsplatz 12 25724

Adler-Drogerie
Eugen Thömel, Putzjatinplatz 25668

Paul Moosdorf
Zigarren / Zigaretten
und Tabakwaren
Zittauer Straße 19 25748

M. FARAK, Bautzner Straße 3
Manufakturwaren
Fernsprecher 2584 25741

Huthaus Lachmann
Bahnhofstraße 29 25747

Erich Bräse
Konfektion und Textilwaren
Hauptstraße 9 25741

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
MAX KONRAD
Äußere Bautzner Straße 2 25759

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kurt Kurze, Bahnhofstraße 30 25711

Für den Winterbedarf:
OLIVA'S SCHUHWAREN-LAGER
Bautzner Straße, Ecke Spargasse
Filzschuhwaren in großer Auswahl 25710

Zigarren und Tabakwaren
Kurt Teich, Rathausladen 25740

Josef Scheufler
Brot- und Weißbäckerei 25794

Reserviert!

ERWIN WEBER
Ballhaus „Zur Krone“ 25679

Herrmann Loh / Seiffhennersdorf
Lichtbildwerkstätte 25676

Berta Matzner, Rentischstraße 127
„Geflügel zur Kanone“ / Spezial-Mineralien 25681

OTTO BAUER, Friseur
Spezialität: Substitutions 25682

Paul Mathias
Fleischerei und Wurstfabrik 25686

KAMENZ

Trinkt Bier
der
Ramenzer Brauerei! 25686

M. Hesse Inh. Kurt Benad
Herrenstraße 5
Herren-, Damen- und Kinderwäsche
Bett-, Haus- und Küchenwäsche 25697

Restaurant Schloßberg / Ramenz
Dorfplatz des 7832 25695

Tag
Bel
3. To
im Kam
hört hat
Jührung
die Bou
Sommer
des rote
über die
hat.
Sud
Lenin.
Arbeit
gründer
Internat
Weltfont
hert de
Diktat
ter des u
Lenin
dieser ur
die möde
feunte M
des Lenin
Bild lang
Hö ragt
Halt an
Epoche
schichte
wirlich
Tobruau
Ausbeute
des Reich
Häufige
schalt. M
nollie
tionär
vom
am S
führt d
Wenigst
wird zu
Sorten
ih W. S
ihres Ko
man.
Weil
Jahr au
neuen La
weil die
en des
schmer
ihren Be
schmen,
die Er le
mitten a
wals pre
ren em
männis
der Wirt
Der
W. S. Q
der Leb
sollie
tung.
des imp
nen die
Gosplan
formid
volution,
Wirtschaft
des Kap
tenden
für Dar
ändern
Le n
Ereignis
stännte
die begl
den 2. W
den Kap
Geldw
geben ta
die Tat
herung
her nu
Zufolge
Hilflic